

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 3,00 RM., monatlich 1,00 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzelne Wochenblätter
 nummeriert 5 Pf. Sonntagsblätter
 mit Illustration 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1,00 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,00 RM., für das übrige Ausland 4 RM.
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Ungarn,
 Schweden u. die Schweiz, eingetragen
 in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt die Nebengalvanische Kolon-
 nelle 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-
 12 Pf.) 2 festgedruckte Worte, jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellengelände
 und Schlafstellenanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Trarungszeitung 30 Pf.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. geschäftliche Anzeigen
 40 Pf. bis 10 Zeilen. Anzeigen
 für die nächste Nummer zahlen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Bestellt von 8 Uhr
 189) bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Donnerstag, den 18. Oktober 1917.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Parteitag und Kriegskredite.

Die Kreditbewilligung.

Bürgburg, den 17. Oktober 1917.

Man spricht heute den ganzen Tag über den Fraktionsbericht, das heißt natürlich in der Hauptsache über die Kreditbewilligung. Man kommt nicht darum herum, es ist unüberwindlich. Die Debatte würde sich vielleicht etwas bewegter gestalten, wenn Bogherr oder Hans Bloch, die beide in einer Ecke sitzen, um für die Presse der Unabhängigen zu berichten, das Wort ergreifen könnten. Den Weg zur Rednertribüne, der ihnen durch einen magischen Strich gesperrt ist, beschreitet als erster Hoch-Honau, der Minderheitsredner mit unbeschränkter Redezeit. Aber wer von diesem Genossen eine flammende Anklagerede gegen die Fraktion erwartete, ist enttäuscht. Hoch entwickelt sachlich und maßvoll in der Form seinen Standpunkt und erregt sich bestiger eigentlich nur gegen den „Vorwärts“ infolge eines Mißverständnisses, das Stamper später harlegt. Wohin Hoch und die anderen Minderheitsredner Emmel, Brandes, Schmidt-Meichen u. a. hinauswollen, wird bald klar. Sie wollen die Fraktion dazu veranlassen, die nächste Kreditvorlage abzulehnen, und, mag ihre Resolution angenommen werden oder nicht, sie geben sich der Hoffnung hin, ihr Ziel erreichen zu können. Bleibt Michaelis im Amt oder folgt kein Besserer nach, dann wird ja die Frage der weiteren Kreditbewilligungen brennend. Zur Klärung für die breitere Öffentlichkeit ist es wesentlich, daß sich auch der Minderheitsredner unumwunden zum Grundlag der Landesverteidigung bekennt und daß ein anderer, Emmel-Mühlhausen, ganz entschieden dafür eintritt, daß Elfaß-Lothringen deutsch bleibt. Hoch versichert, daß auch die Unabhängigen für die Landesverteidigung eintreten, was man freilich noch lieber aus ihrem eigenen Munde hören würde. Man verlangt von der Regierung eine klare Politik und tut dies von Seiten der Unabhängigen am leidenschaftlichsten, ohne zu bedenken, daß man das, was man von anderen fordert, auch selber tun muß.

Von den zahlreichen Rednern der Mehrheit vertreten nur einzelne den Standpunkt, daß die Kredite unter allen Umständen bewilligt werden müssen. Die anderen wollen es der Fraktion überlassen, in gegebenem Augenblick das Richtige zu tun.

Es stellt sich bald heraus, daß der Parteitag keine Lust hat, der Fraktion eine gebundene Marschroute zu geben und schon heute das Ja oder Nein auszusprechen, das von der Partei zu erwarten ist. In der gegenwärtigen Unsicherheit der Situation ist es auch jedenfalls das Klügste, sich alle Wege offen zu halten.

Das Interesse der Debatte erschöpft sich, da naturgemäß nicht viel Neues gesagt werden kann und man begrüßt es dankbar, als Stücklein, einer der Militärreferenten der Fraktion, auf die Angelegenheiten der Soldaten, der Kriegerfamilien und Kriegsbeschädigten mit größtem Eifer eingeht. Er gibt praktische Beispiele der positiven Arbeit, über die man hier geredet hat, und zeigt, wieviel hier trotz aller Erfolge doch noch zu tun ist. Er entwickelt den Plan des Beratungsbüros, mit dessen Leitung ihn die Fraktion beauftragt hat. Der stürmische Beifall, unter dem Stücklein schließt, gilt nicht nur seiner Rede sondern auch seiner Arbeit und denen, für die sie bestimmt ist.

Sohen-Reuh bringt in später Stunde die Frage der westlichen und der östlichen Orientierung zur Erörterung. Und setzt sich für ein gutes Verhältnis zum demokratischen Rußland ein. Nachdem Dandberg noch einmal vor einer Festlegung der Fraktion gewarnt hat, erfolgt Debattenabschluss. David fordert in seinem Schlusswort ein völlig klares Wort über Belgien, vermehrt die Fraktion gegen den Vorwurf, sie betrachte die Kreditvorlage als ein Handelsobjekt. Aber auch ihm ist die Bewilligung bis zum Kriegsende kein unbedingtes Gebot. Herr Michaelis macht am Ende auch aus dem Genossen David einen Kreditverweigerer, denn der Mann kann manches.

Schließlich wird die Bindungsresolution der Minderheit mit 258 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Nach dem ganzen Verlauf der Debatte wird man aber in dieser Ablehnung keineswegs einen Beweis dafür erblicken dürfen, daß Partei und Fraktion es nun gar nicht mehr erwarten können, einer Regierung Michaelis oder einer ähnlich gearteten neue Kredite bewilligen zu dürfen. Sie werden es sich dreimal überlesen!

Angenommen wird mit 262 gegen 14 Stimmen die Resolution Böbe-Breslau, die sich zum Grundlag der Landesverteidigung bekennt, das Verhalten der Fraktion billigt, für Belgien Wiederherstellung als selbständiger Staat und für Elfaß-Lothringens Autonomie entschieden eintritt. Sie sagt den Alldeutschen schärfsten Kampf an, fordert Befreiung der Regierung von ihrem

Starker Artilleriekampf in Flandern, nordöstlich Soissons, in der Westchampagne, den Argonnen und östlich der Maas — Fliegerangriff auf Dünkirchen — Vergeltungsbomben auf Nancy — Desel völlig genommen, Seegefechte bei Desel, Luftangriff auf Bernau.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 17. Oktober 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht.
 In Flandern schwoh der Artilleriekampf vom Ueber-schwemmungsgebiet der Yser bis zur Lys gestern wieder zu erheblicher Stärke an. In einzelnen Abschnitten war die Feuerkraft am Abend, auf der ganzen Front heute Morgen gesteigert. Außer Erdbebungsgeschichten, die auch zwischen dem Kanal von La Bassée und der Scarpe zahlreich waren, kam es nicht zu Infanterietätigkeit.

Seezerguppe Deutscher Kronprinz.

Der Feuerkampf nordöstlich von Soissons dehnte sich gestern seitlich aus und war zeitweilig sehr heftig; er hielt auch nachts an. In der westlichen Champagne, in den Argonnen und auf dem östlichen Maasufer erreichte die Artillerietätigkeit gleichfalls größere Heftigkeit als in den letzten Tagen.

10 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon sind gestern abgeschossen worden. Leutnant von Bülow brachte seinen 23., Leutnant Böhme den 20. Gegner im Luftkampf zum Absturz. — Dünkirchen wurde von unseren Fliegern erneut und mit er-lannter Brandwirkung durch Bomben angegriffen.

Zur Vergeltung für Bombenwürfe feindlicher Flieger auf offene deutsche Städte wurde die im französischen Operations-gebiet liegende Stadt Nancy von uns mit Bomben beworfen. Größere Brände waren die Folge.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die auf der Halbinsel Sworbe noch Widerstand leistenden feindlichen Kräfte wurden gestern durch unsere Truppen über-wältigt.

Die Insel Desel ist damit völlig in unserem Besitz. Die Besatzung wehrt sich; gestern wurden mehr als 1100 Ge-fangene eingebracht.

Unsere Seezergkräfte hatten nördlich von Desel und im Rigaischen Meerbusen mit russischen Zerstörern und Kanonen-booten Gefechte, die für und günstig ausgingen. Ohne eigenen Verlust wurden die feindlichen Schiffe zur Umkehr gezwungen. Marino-Luftschiffe bewarfen Bernau mit Bomben; große Brände drachen dort aus.

Auf der schändischen Front lebte die Geschütztätigkeit an mehreren Stellen beträchtlich auf; vordringende Streifabteilungen der Russen wurden vertrieben.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, 17. Oktober 1917, abends. Amtlich.
 In Flandern, nordöstlich von Soissons, und auf dem Ostufer der Maas lebhafter Artilleriekampf. Vom Osten bisher nichts Neues.

Berlin, 17. Oktober. Amtlich.
 Nach Niederlegung der schweren Batterien auf der Süd-
 spitze der Insel Desel, sind unsere Seezergkräfte in den Rigaischen Meerbusen eingedrungen. Sie haben ihren Vor-warsch nach Osten am 17. 10. fortgesetzt und beherrschen das Seegebiet bis zum Moonsund.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 17. Oktober 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird
 verlautbart:

In unserer Ostfront und in Albanien lebte heken-
 weise die Geschütztätigkeit auf. — Im Gabriele-Abschnitt
 wurden abermals italienische Vordrisse abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

unheilvollen Einfluß und unverzügliche Durchfüh-rung der demokratischen Reformen. Und dann folgt ein Satz, der jenen, die es noch können, zu denken gibt: „Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Ver-zögerung der demokratischen Neugestaltung ergeben können, lehnt der Parteitag ab. Sie fällt auf diejenigen, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen.“ Die Partei geht nicht wehrlos und nicht mit gebundenen Händen in die vielleicht schwereren Kämpfe, die ihr in der nächsten Zeit bevorstehen.

Troelstra zur Frage Elfaß-Lothringens.

Stockholm, 16. Oktober. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.)
 „Socialdemokraten“ publiziert ein Interview mit Troelstra, welcher sagte, daß das einstimmig beschlossene Manifest des Internationalen holländisch-Scandinavischen Komitees der deutschen Partei zeigen werde, daß die Weigerung, in der Frage Elfaß-Lothringens zu verhandeln, als im Gegensatz zu dem Gedanken eines Verständigungsfriedens stehend angesehen werde. Die Mehrheit der deutschen Partei habe die Bedeutung der Frage bisher nicht er-lannt; er hoffe, daß sie ihren Standpunkt revidiere. Troelstra glaubt, daß die Vorschläge des Komitees keine kriegsführende Partei befriedigen werden; aber eben darin sieht das Komitee den Beweis seiner Objektivität. Der Komiteevorschlag werde der Parteien Gelegenheit bieten, bis zum Zusammentreten der Konferenz praktische Friedens-arbeit zu leisten, was allerdings von den Entente-Ministern abhängt.

Wir verweisen hiermit auf den gestrigen und heutigen Partei-tagsbericht.

Auf der Suche nach dem Verräter.

Die brühende Verantwortlichkeit für den Krieg, für die zum Kriege führende, ihn verlängemde Politik, die blasse Furcht vor der Abrechnung der Volksmassen mit ihrem Feind im eigenen Lande läßt die Kriegstreiber allerorts nach jedem Mittel greifen, den Krieg zum lohnenden Geschäft zu machen und für den Fall der Pleite anderen die Schuld zuzuschieben. Die französischen Imperialisten glauben nun einen Abgableniter für den Volksgroll glücklich gefunden zu haben. Ihre Freude ist um so größer, als sie damit nicht nur ihre eigene Verant-wortlichkeit am Kriege in den Hintergrund rücken können, sondern auch die Suppe ihres „Königs“ auf das lobende Feuer des Volksgrolls zu setzen hoffen dürfen. Die Skandal-kampagne, die sie entfesselt haben, zielt nicht bloß gegen Ralby und gegen dessen Hintermann Caillaux, nicht nur gegen die radikal-sozialistische Partei, eine Kerntruppe des republikanischen Frankreichs, sondern gegen die Re-publik selbst. Léon Daudet, der vor dem Kriege das Juchthaus mit dem Aermel streifte, weil er seine Frau, eine Enkelin des berühmten französischen Romanziers Victor Hugo fozusagen verknipfelte, ist von den Royalisten zum procureur du roi (Staatsanwalt des Königs) ernannt worden mit der Aufgabe, nicht nur einem republikanischen Staatsminister hochnotpeinlichen Prozeß wegen Landesverrats zu machen, sondern auch den strikten Nach-weis zu führen, daß die Korruption des Parlamentes Frankreich an den Rand des Abgrunds führe und daß nur die starke Hand des Herzogs von Orleans Heil und Rettung bringen könne.

In Wahrheit ist es aber nicht Léon Daudet, sondern — der famose amerikanische Geheimdienst, welcher die neueste französische Skandalblase aufgestochen hat. Die Affären Almereyda und Lurmel sind in den Hintergrund getreten und das öffentliche Interesse klammert sich an Solo Pascha, den früheren Freizeutgehilfen aus Marseille, Ranfing hat einen radiotelegraphischen Depeschenwechsel zwischen dem ehemaligen deutschen Votschafter in Washington, Grafen Bernstorff, und dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen veröffentlicht, aus welchem der Nachweis geführt wird, daß Solo Pascha neun Millionen Mark vom Auswärtigen Amt durch Vermittlung der Deutschen Bank überwiesen erhalten hat. Am 26. Februar 1916 drahtet Bernstorff:

Habe direkte Informationen aus durchaus glaubwürdiger Quelle über eine politische Aktion erhalten, die die Organisation eines Vorgehens zur Herbeiführung des Friedens in den feindlichen Ländern zum Zweck hat. Eine der herborragendsten politischen Persönlichkeiten des in Frage stehenden Landes sucht eine Anleihe von 1.700.000 Dollar in New York aufzunehmen, für welche Sicherheit gegeben werden wird. Es ist mir nicht er-laubt, den Namen dieser Persönlichkeit schriftlich mitzuteilen.

Jagow könnte zu, aber nur unter der Bedingung, daß die Friedensaktion ein ernsthaftes Projekt ist und nicht die charakteristischen Worte hinzu: „Wenn feindliches Land Rußland ist, dessen Sie sich nicht mit dieser Angelegenheit, denn genannte Summe wäre zu gering, um auf dieses Land irgendeine ernsthafte Wirkung ausüben zu können. Ebenso im Falle Italiens, wo es sich nicht lohnen würde, soviel Geld auszugeben.“ Diese Unterscheidung ist immerhin ein ganz interessanter Beitrag zur Völkerpsychologie, wie sie von den Diplomaten getrieben wird. Am 31. März wies Jagow bereits, daß es sich um Frankreich handelt. Mit Bezug auf eine Ankündigung Bernstorffs, daß eine Person mit einem Paß auf den Namen Saint-Regis zur Ankündigung von Beziehungen mit dem deutschen auswärtigen Amt auf der deutschen Gesandtschaft in Bern erscheinen werde, dröhete Jagow:

„Die in Ihrem Telegramm vom 30. März angelegte Person hat auf unserer Vermerksliste noch nicht vorgeprochen. Haben Sie etwas Neues über Dolo?“

Ergänzt wird dieser Depeschenwechsel durch die Aussage des Direktors des New Yorker Bankhauses Amisak u. Co. von Habenstedt, der den Mittelmann zwischen Bernstorff und Dolo gespielt und angeblich als deutscher Finanzagent in Amerika aufgetreten ist. Habenstedt wurde von dem amerikanischen Justizminister einvernommen und sagte auf die Frage nach seinen Beziehungen zum deutschen Votschaffer aus:

Dolo wünschte dringend, dieses Geld zu erhalten, und sagte mir: „Ich muß dieses Geld haben, sonst bin ich verloren.“ Ich erklärte ihm darauf: „Es gibt nur einen Menschen, der sich für Ihre Sache interessieren könnte, das ist der deutsche Votschaffer Graf Bernstorff. Haben Sie etwas dagegen, daß ich mit ihm darüber spreche?“ Dolo antwortete mir: „Tun Sie, was Sie für gut halten. Wenn Sie nur das Geld erhalten.“

Nach einigen Nachdenken sagte ich mich mit Bernstorff in Verbindung, der mich nach Washington besuchte. Bernstorff sagte mir, daß dies sehr interessant sei. Zum Schluß erklärte mir Bernstorff: „Es wäre eine große Sache für uns Deutsche, wenn wir den Ton der öffentlichen Meinung in Frankreich ändern und sie in naher Zukunft zu einer friedlichen Lösung bestimmen können.“ Bernstorff sagte mir lebhaft: „Ich werde in einigen Tagen im New-Hotel in New-York sein und Ihnen meine Antwort mitteilen. Suchen Sie mich dort auf.“ Ich schrieb nach New York zurück und teilte Dolo den Inhalt meiner Unterredung mit dem Votschaffer mit. Dolo zeigte sich interessiert und sagte mir, ohne in eine Diskussion einzutreten: „Teilen Sie mit seiner Antwort mit, wenn er nach New York kommt.“

Ich wartete einige Tage; darauf erhielt ich eines Abends einen telegraphischen Anruf des Votschaffers, der mich auf nächsten Morgen 10 1/2 Uhr im New-Hotel besuchte. Ich begab mich dorthin, und der Votschaffer erklärte mir, daß er sich entschlossen habe, das Geld voranzuziehen, denn er finde, daß die Sache zu wichtig sei, um sie zu verabsäumen und daß, trotzdem Bedenken vorliegen, die Sache wert wäre, daß man das Geld besäße. Ich schickte Dolo einen kurzen Brief, um ihm mitzuteilen, daß ich das Geld hätte. Dolo übergab mir einen Brief, dessen Sinn war, daß Dolo mir den Betrag zwei Jahre nach dem Kriege zurückzahlen werde, daß er keine Strafen zahlen und als Garant alle seine Aktien des „Journal“ bei einer Bank hinterlegen werde. Soweit die Anlage von Habenstedt. Der General-Stationarier des Staates New York, Morton B. Reid, hat gesagt, daß Graf Bernstorff während des Krieges im ganzen 250 Millionen Frank bekommen habe und wirft die Frage nach der Verwendung dieses Geldes auf.

Sehr schmerzlich ist durch diese Enthüllungen Senator Sumner getroffen, der in seinem Journal eine äußerst rohe Propaganda für die Ausrüstung der französischen Armee, besonders für die bessere Ausbildung der schweren Artillerie, besonders hat und durch einen Alarmartikel über den Zustand der französischen Festungen, der Festungsartillerie und der für den Kriegsfall aufgeschöpften Vorräte in den letzten Friedenswochen großes Aufsehen erregt hat. Er ist Eigentümer des Journals und geriet mit den Mitbesitzern in Konflikte, was ihn auf die Geldfrage trieb. Dabei stieß er auf Dolo Pascha, über den ihn der Präsident des französischen Appellationsgerichtshofes Moutier eine überaus gute Auskunft erteilte. Moutier ist seines Amtes enthoben worden, weil sich ergab, daß er der juristische Ratgeber Dolo Paschas gewesen ist.

Auf diesem bewegten Hintergrunde spielen sich die jetzigen Vorgänge in Frankreich ab. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß das politische Leben Frankreichs auf tiefste erschüttert ist. Die chauvinistischen Anklagen beschuldigen der früheren Minister des Inneren Malon, den Vertreter der radikal-sozialistischen Partei und im besonderen der Gruppe Gailleur in allen Ministerien seit 1911, durch seinen Umgang mit Almeréda und durch Beziehungen zu Dolo Pascha, die zwar nach nicht bewiesen scheinen, aber doch behauptet werden, daß er Verrat an seinem Lande getrieben habe. Clemenceau begnügt sich zwar mit dem feineren, aber darum nicht weniger scharfen Vorwurf des „unbewussten Verrates“; Leon Daudet klagt den Minister des bewußten und schuldhaften Landesverrates an. Nach dem Rücktritt Malons beschäftigte sich die Kammer mit diesen Anklagen, und Painlevé erregte mit der Verlesung eines Briefes Leon Daudets an Poincaré, in welchem diese Vorwürfe in bestimmtester Form erhoben wurden, ungeheures Aufsehen. Er verpöndelte sich, die Sache in wenigen Tagen zu klären. Aber aus den Tagen sind Wochen geworden, die Verhöre Leon Daudets wegen verleumderischer Behauptungen haben noch kein klares Ergebnis geliefert und die Nationalisten tragen ihre Haupt fühner denn je. Am Dienstag wusch die französische Kammer wiederum diese schmutzige Wäsche. Es fanden zwei Debatten und zwei Abstimmungen statt. Die eine Debatte bezog sich auf Elsass-Lothringen und fand hinter verschlossenen Türen in einer Geheim Sitzung statt. Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung teilte Renaudel mit, daß sich die Sozialisten nach den Erklärungen Ribots über Elsass-Lothringen der Abstimmung enthalten werden. Die Sozialisten verhalten sich damit wie bisher gegenüber dem Kabarett Painlevés neutral und spielen in der Auseinandersetzung zwischen ihm und den chauvinistischen Anklägern die Rolle der unbeteiligten Zuschauer. In der zweiten öffentlichen Debatte warf der Nationalist De la Haye Painlevé vor, daß er Daudets Brief verlesen habe, obwohl er drei Tage vorher mit Daudet nach Mittel und Wege suchte, um die Bekanntmachung dieser Anklage schriftlich zu verhindern. Der Ministerpräsident rechtfertigte sein eigenmächtiges Vorgehen damit, daß die Regierung unter außergewöhnlichen Umständen, so gut wie sie konnte, gehandelt habe, und erklärte, alle Verantwortung zu übernehmen. Er verlangte Vertagung der Debatte und stellte die Vertrauensfrage. Die Vertagung der Interpellation Delahaye bis nach Abschluß des gerichtlichen Verfahrens wurde mit 246 gegen 160 Stimmen angenommen, aber 115 Deputierte, darunter insbesondere die Sozialisten, enthielten sich der Stimme, so daß Painlevé sich nicht rühmen kann, die Mehrheit der Kammer hinter sich zu haben. Die „National-Ztg.“

läßt sich aus Genuß die charakteristische Einzelheit drahten, daß die bisher zu Painlevé wegen der Art der Ministerbildung in Opposition stehende Gruppe Gailleur und Renauds für das Ministerium gestimmt habe.

Die französische Regierung hat kein Misstrauensvotum erhalten, das sie zwingen würde, von heute auf morgen ihren Abschied zu nehmen; aber noch viel weniger hat sie ein Vertrauensvotum erhalten. Moralisch ist sie unterlegen.

Die Krise, in der sich heute Frankreich windet, ist im wesentlichen nichts anderes als die Krise, die Deutschland bewegt; hier wie dort verweilte Versuche der Kriegstreiber, das Land für ihre utopischen Ziele fortzureißen, hier wie dort ein Kampf der Vernunft gegen die Unvernunft. Der wesentliche Unterschied aber ist, daß sich diese große Auseinandersetzung in Frankreich in der Behandlung schmutzigster Skandalgeschichten abspielt, während in Deutschland die dem Fortschritt und dem Frieden zustrebenden Parteien in der glücklichen Lage sind, ihren Kampf um Frieden und Freiheit zugleich mit dem Ziele zu führen, Volk und Staat durch die Fortbildung der Verfassung in eine höhere Einheit zu verschmelzen.

Das russische Vorparlament.

Petersburg, 17. Oktober. (Petersburger Telegr.-Agentur.) Die vorläufige Regierung hat die Eröffnung des Vorparlamentes auf den 20. Oktober verschoben. Das Vorparlament wird seine Arbeiten acht Tage vor Eröffnung der Verfassungskonstituierenden Versammlung einstellen. Der Präsident des Presseverbandes und eine Anzahl Chefredakteure sind zu Mitgliedern des Vorparlamentes gewählt worden. Gesetzesentwürfe im Vorparlament werden der Anwesenheit von 20 Mitgliedern bedürfen.

Die Wahlen für die russische Konstituante.

Rotterdam, 17. Oktober. Dem „Nieuwen Rotterdamchen Courant“ zufolge meldet „Duits Telegraph“ aus Petersburg, daß die Wahlen für die Gesetzgebende Versammlung am 25. November stattfinden werden. Die Volkswahl beabsichtigen, für den 13. November eine allgemeine Versammlung der Sowjets einzuberufen. In Charkow und Tambow haben Pogroms stattgefunden.

Kammereröffnung in Italien.

Voselli gegen den Frieden. — Der Turiner Aufstand.

Die italienische Kammer hat ihre Arbeiten am Dienstag wieder aufgenommen. Die Tagung wurde von dem Kammerpräsidenten Marcora mit einer Ansprache eröffnet, in der er ausführte, daß die militärischen Anstrengungen Italiens nicht zu einem deutschen oder unentschiedenen Frieden, sondern zu einem siegreichen Frieden führen müßten, der die völlige Einigung Italiens bewirkte.

Ministerpräsident Voselli gab eine Erklärung über die Politik der Regierung hinsichtlich des Krieges ab. Er betonte, daß die trügerischen Vorstellungen über die Annäherung des Friedens nur dazu dienen, ihn hinauszuschieben. Italien werde sich nicht hinter die Fäden führen lassen. Die Regierung brachte darauf die Belegvorlage über vier vorläufige Haushaltszweifel ein. Die Sozialisten forderten Besprechung der Regierungserklärungen. Voselli erwiderte, die Besprechung werde bei der Prüfung der vorläufigen Haushaltszweifel stattfinden. Er lehnte die sozialistische Forderung ab und stellte die Vertrauensfrage. Der sozialistische Vorschlag wurde darauf mit 228 gegen 51 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Vorgang ist als ein Vorspiel der Debatten zu betrachten, die der Krisenpolitik der italienischen Regierung von links her drohen. Voselli half sich für diesmal mit der im italienischen Parlament beliebten Methode, unangenehme Erörterungen durch Verschleppen der Debatte aus dem Wege zu gehen. Der Anstoß wird ihm nicht mehr als eine Galgenfrist verschaffen, denn die sozialistische Interpellation, die in die geschäftlich anrühenden Modestimmungen der kriegsbegehrten Presse hineinleuchtet, steht in Sicht und wird die Regierung aus ihrem Schutzelde ganz gewiß nicht ausschließen. Die die Regierung sich gegen den Ansturm zu decken versuchen wird, dürfte aus Vosellis jetziger Erklärung zu schließen sein. Die in Italien um sich greifende Friedensbewegung senkt ihr die Mägel, und sie sucht nun durch ein schon nicht mehr neues Tölpelspielerstück die Finger vor dem Staube zu sichern. Die Friedensforderung soll eben um ihre Autorität gebracht werden durch die Behauptung, sie gehe auf den Antrag Italiens aus. Das Allierierengerede von der „deutschen Initiative“, das gegen die Stockholmer Gefahr in Kurs gesetzt wurde, zeigt also auch hier wieder seinen Fieberschlag. Daß Vosellis Wort von den „trügerischen Vorstellungen über die Annäherung des Friedens“, die nur dem Krieg dienen würden, in der Kaschawarska des Vatikans, der die Friedensbewegung so tatkräftig mitgefördert hat, gesprochen wurde, gibt dieser ministeriellen Redeleistung noch einen besonderen politischen Geigeschmack.

Voselli hat übrigens zu den Ministern gehört, die längst am Werke gewesen sind, in den größeren Provinzkästen im Lande neue Kriegsbegiertheit hervorzurufen. Vor allem wurde Turin mit einer Rede Vosellis und seiner Trabanten beglückt. Als ob auch die schönsten Reden in dieser Stadt die Tage des Schreckens vergessen lassen könnten, die nachträglich von einem sozialistischen Augenzeugen in Schweizer Blättern als richtige Revolution bezeichnet worden sind. Wenn die Schilderungen auf Wahrheit beruhen, so haben fünf Tage lang erblutete blutige Kämpfe zwischen dem Turiner Proletariat und der durch das Militär verstärkten Polizeigewalt stattgefunden und zahlreiche Offiziere ermordet, massenweise Demonstrierende niedergeschossen worden, haben zweimal Maschinengewehrabteilungen und Bersagliere gemordet und fanden die sozialistischen Führer Morgari, Bucchi, Rondani und Barberia in erster Linie der Kämpfer.

Die italienischen Blätter mühten über alle diese Vorgänge tiefes Stillschweigen wahren. Erst in der vorliegenden hier eingetroffenen Nummer durfte „Avanti“ den langen Bericht aus bürgerlichen Blättern hier abdrucken, den er vorher nicht bringen durfte, der die fünfjährige Karabimierjahre nach dem sozialistischen Abgeordneten Barberis schildert und seine endgültige Bestimmung in den Vorkrämen der Konsumgenossenschaft, wo er sich versteckt gehalten hatte. Dreißig Karabimier waren daran beteiligt.

Die Turiner Vorgänge waren wohl die heftigsten Zusammenstöße, sind aber nicht die einzigen geblieben. Daß es unter diesen Umständen und angesichts eines dritten Kriegswinters seltener halten wird, im freierden und hungernden Volk die Kriegsbegeisterung hochzuhalten, leuchtet ein.

Die Aehrseite des Vertrauensvotums.

Das Vertrauensvotum, das die Regierung sich erteilen ließ, kann die mißliche Lage, in der sie steht, weder beseitigen noch überhaupt nur verhüllen. Das zeigen Äußerungen, die der frühere

Minister Ritti in der Kammer tat. Er erhob schwere Vorwürfe gegen die Regierung:

Die Kammer selbst hat eine Geduld und Nachsicht: an den Tag gelegt, die beweisen, daß sie den Krieg durchaus nicht schmelzen will. Man muß aber zugeben, daß zwei Wochen nicht zur Erörterung so vieler Probleme genügen, daß also der gesamte Stoff, dem die Kammer ihre Aufmerksamkeit schenken muß, nicht erledigt werden kann. Andererseits hätte man süßlich erwarten dürfen, daß nach allen Ereignissen der letzten Zeit Regierungserklärungen abgegeben würden, die das Vertrauen der Kammer zur Regierung geklärt hätten. In keinem anderen Lande geht man so vor. Man kann von allem, sogar von Meer und Marine sprechen. Die italienische Regierung entzieht sich jedoch der Prüfung durch das Parlament, das wissen möchte, ob die Mitglieder an ihrem Platz sind. Während die italienische Kammer ein zureichendes Wort von der Regierung hören will, sieht man ihr mit eisigem Schweigen gegenüber. Die italienische Kammer tut nichts anderes, als die Budgetmittel zu genehmigen. Das Vorgehen des Papstes kam im deutschen, österreichischen, französischen und englischen Parlament zur Sprache. In der italienischen Kammer hörte man nichts davon. Das alles ist außerordentlich erniedrigend.

Die Regierung läßt also ihre Getreuen im Parlament vor dem Lande im Stich. Sie schlägt dem Parlamentarismus ins Gesicht und stellt ihn selber vor dem demokratischen Urteil bloß. Das wird im gegenwärtigen Augenblick offenbar als ganz besonders gefährlich empfunden. Aber es ist denn doch sehr die Frage, ob die mißliche parlamentarische Lage, wie Ritti meinte, durch ein vergebliches Eingreifen mit politischen Erklärungen, woran die Regierung es jetzt habe fehlen lassen, zu verhindern genügen sei. Ihre Ursachen sind Kriegswirungen, die das Volk bis zu wilden Ausbrüchen der Empörung getrieben haben.

Wie wenig das Verhalten der Regierung in der Eröffnungssitzung die Lage — auch die der Regierung — hat bessern können, wird aus der Kritik des „Corriere della Sera“ deutlich. Das Blatt schreibt:

Voselli hielt es nicht für notwendig, der Kammer und dem Lande zu versichern zu geben, wie die Regierung die politische und militärische Lage ansieht, welche Haltung sie gegenüber den wichtigsten Problemen einnehmen, nach welchen Zeitgedanken und Zielen sie ihre Aktion einrichten will in einer Zeit, wo die Lage sich immer ändert und die Ereignisse in dauerndem Fluß sind. Die Worte Vosellis, die sich auf die Bestätigung des Willens und Vertrauens beschränkten, waren für die jetzige Lage viel zu wenig. Wir wollen das offen sagen und hoffen, daß die Regierung die ganze Ungeklärtheit ihres Stillschweigens einseht. Das war ein Fehler, der sehr erhebliche Rückwirkung auf den Verlauf der Kammereröffnung und selbst auf die parlamentarische Lage hatte.

Nach den neuesten Meldungen kam auch die Aufstands-Bewegung in der Kammer zur Sprache. Laut „Corriere della Sera“ fragte der Sozialist Modigliani, warum die Provinzen Alessandria, Genoa und Turin in die Kriegszone einbezogen wurden. Der Redner sah in dieser Maßnahme einen Versuch zur Vergewaltigung der Arbeiterklasse. Er stellte fest, daß es sich dem Wesen nach um eine regelrechte Verhängung des Belagerungszustandes handelt, wobei er auf die vom Oberkommando verfügten weiteren Einschränkungen verwies, durch die diese Provinzen unter ein ganz außerordentliches Regime gestellt werden. Der Redner verlangte schließlich, daß das Oberkommando sich von allem, was die innere Politik betreffe, vollständig fernhalte.

Der „Avanti“ erklärt, daß die Kammer gegen das Ministerium demonstrierte durch lebhaften Zustimmung zur Rede des Sozialisten Ritti.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 16. Oktober. (Antifisch.) Neue U-Boosterfolge: U 39, unter seinem in drei Kriegsjahren hervorgetragenen bewährten Kommandanten, Kapitänleutnant Jostmann, hat unter anderen Erfolgen vor der Straße von Gibraltar fünf wertvolle Dampfer mit über

20 000 Gr.-Reg.-Tn.

versetzt, und zwar die bewaffneten englischen Dampfer Normanton (3862 Tn.), Nerfario (3847 Tn.), Almore (4385 Tn.), Nuceria (4702 Tn.) und den japanischen Dampfer Hiojosen Maru (3555 Tn.). Die innerhalb von drei Tagen vernichteten Schiffe hatten zusammen 31 500 Tonnen Kohle als Ladung; davon waren mehr als 26 000 Tonnen für den Winterbedarf Italiens bestimmt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Abgeordnetenhaus.

In seiner zweiten und zugleich schon wieder letzten Sitzung vor einer abermaligen Pause von mehreren Wochen beschloß sich das Plenum des Abgeordnetenhauses am Mittwoch zunächst mit einer Regierungsvorlage über Vereinfachungen in der Staatsverwaltung. Es handelt sich dabei nicht um jene „große“ preussische Verwaltungsreform, die schon seit Jahren vorbereitet wird, sondern nur um eine Art Notgesetz, dessen Geltungsdauer auf die Zeit des Krieges beschränkt sein soll. Die Vorlage wurde nach gründlicher Aussprache einer besonderen vierzehntägigen Kommission überwiesen.

Dann wandte sich das Haus der Beratung von Petitionen zu. Eine Petition des Vereins der Wettermänner in Reunfirchen (Saar) um Gleichstellung und Erhöhung der Bezahlung der Wettermänner im ganzen Saarrevier und um Versetzung in eine höhere Pensionsklasse gab dem Genossen Huo Veranlassung, sich in sehr wirksamer Weise der bergmännischen Interessen anzunehmen. Bei der Zusammenfassung des Dreiklassenhauses ist es kein Wunder, daß trotzdem die von ihm gestellten Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Bezeichnenderweise stimmte auch das Zentrum mit der Mehrheit, dessen „Arbeitervertreter“ Urst und Vogelgang schon in der Debatte dem Genossen Huo in den Rücken gefallen waren.

Zu einer längeren Aussprache führte dann noch die Angelegenheit des wegen „mißliebiger“ schriftstellerischer Betätigung aus den Listen der Berliner Universität gestrichenen Studenten Joel Genosse Haenisch vertrat bei dieser Gelegenheit energisch die Interessen der akademischen Freiheit und verlangte, daß mit dem alten Polizeigeist der Engherzigkeit und Gesinnungsschnalerei im neuen Preußen endgültig aufgeräumt werde.

Zu Beginn der Sitzung war an Stelle des in die Regierung berufenen bisherigen 2. Vizepräsidenten von Krause der gleichfalls nationalliberale Herr Dr. Schumann widerspruchlos für diesen Posten gewählt worden.

Ein Märchen von heute.

Von Maxim Gorki.

Maxim Gorki veröffentlicht in seiner Zeitung „Neues Leben“ eine kleine Erzählung, worin der ganze Jammer des befreiten Rußlands schluchzt. Es lebte einmal ein Weib mit Namen — sagen wir — Matrjona, die für einen fremden Onkel, der — nehmen wir an — Nikita hieß, und für all seine Verwandten samt ihrem zahlreichen Gefinde arbeitete. Schlecht erging es dem Weibe. Der Onkel Nikita beachtete Matrjona gar nicht, wenngleich er vor den Nachbarn prahlte: „Meine Matrjona hat mich lieb, — ich mache mit ihr, was ich will! Ein mustergültiges Tier, willig wie ein Pferd. . .“ Und das betrunkene, freche Gefinde Nikitas malträtirt Matrjona stündlich, bald wird sie bestohlen, bald — verprügelt, bald — so einfach aus Langeweile — geschmäht, aber untereinander sprach man: „Was ist es doch für ein Frauchen, unsere Matrjona! Manchmal tut sie einem sogar leid!“ Indessen fuhr man fort, sie in Worten zu bemitleiden, aber in Wirklichkeit, sie zu mißhandeln und zu berauben. Abgesehen von diesen Schädlingen, umgaben Matrjona viele nutzlose, die für Matrjonas Langmut Mißgeföhl hatten. Sie blühten sie von der Seite an und — wurden gerührt: „Du, unsere Vielweib! Du, Arme!“ Einige aber riefen ganz entzückt: „Dich kann man mit seinem Meterstock messen, so groß bist Du! Und was den Verstand anbetrifft, — so sagten sie, — so reicht niemand an Dich heran, zu Dir — so lauteten ihre Reden — kann man nur Vertrauen haben!“ Währenddem bewältigt Matrjona wie eine Värin tagaus tagein jedwede Arbeit, und immer — ohne Zweck: wieviel sie auch immer erarbeitet, alles nimmt ihr das Gefinde des Onkels weg. Trunkenheit, Sittenverderbnis und jeder Unrat umringen die Frau. Es ist zum Ersticken! So lebte sie, arbeitend und schlafend, und in den freien Minuten grämte sie sich still ab: „Ach Gott! Alle haben sie mich lieb, alle bedauern sie mich, aber einen wahren Mann gibt es nicht. Wäre irgendein richtiger Mann gekommen, hätte mich in seine starken Arme genommen, hätte mich, das Weib, mit voller Kraft liebgeliebt — da hätte ich ihm solche Kinder geboren, ach Gott!“ Und sie weint und kann nicht weiter. Da fing ein Schmied an, sich ihr zu nähern, aber er gefiel ihr nicht, der Mensch war nicht von Vertrauen erweckendem Aussehen, war verquälmt, hatte einen frechen Charakter und sprach unverständlich, auf eine Art sogar prahlerisch: „Rur in idealer Vereinigung mit mir werden Sie, Matrjona, imstande sein, das folgende Stadium der Kultur zu erreichen. . .“ Sie erwiderte: „Was denn, Väterchen, wohin zielt Du? Ich verstehe nicht mal Deine Worte, und dann — ich bin groß und habe reiche Aussichten, Dich aber kann man kaum ansehen!“ So lebte sie weiter. Alle Welt bedauerte sie, und sie hat mit sich selbst Mitleid gehabt, aber Zweck hatte das alles nicht. Und plötzlich — ist der Held erschienen! Er kam, jagte den Onkel Nikita und sein Gefinde davon und erklärte Matrjona: „Von nun an bist Du vollkommen frei, und ich bin Dein Erretter, wie der heilige Georg der Sieger auf der alten Kopelemlünze.“ Matrjona schaut, und fürwahr — frei ist sie! Selbstverständlich wurde sie froh. Indessen erklärt auch der Schmied: „Auch ich bin der Retter!“ „Das sagt er aus Eifersucht,“ ging es Matrjona durch den Sinn, laut aber sagte sie: „Selbstverständlich auch Du, Väterchen!“ Und alle drei begannen ein neues Leben voll fröhlicher Vergnügungen; jeden Tag gab es bald eine Hochzeit, bald eine Verlobung, einen jeden Tag wurde Hurra geschrien. Des Onkels Knecht Molej schloß sich plötzlich als Republikaner — Hurra!

Die Städtchen Jaktorow und Rarym erklärten sich als Vereinigte Staaten — wieder Hurra! Etwa zwei Monate lebten sie wie ein Herz und eine Seele, erstickten einfach in Freude, wie zwei Fliegen in einem Becher Dorsch, aber plötzlich — im heiligen Rußland geschieht alles plötzlich! — plötzlich wurde es dem Helben langweilig. Er sitzt Matrjona gegenüber und fragt: „Habe ich Dich befreit?“ „Na ja doch, mein Lieber!“ „Werfe Dir das!“ „Und ich?“ fragt der Schmied. „Auch Du. . .“ Kurze Zeit darauf quält der Held von neuem: „Habe ich Dich, die Kärrin, gerettet oder nicht?“ „Ach Gott,“ sagt Matrjona, „gewiß doch, Du selbst!“ „So, dann behalte es in Erinnerung!“ „Und ich?“ fragt der Schmied. „Auch Du. . . Ihr beide. . .“ „Weibe!“ — sagt der Held, indem er seinen Schnurrbart glättet. — „Um! . . . Ich weiß nicht. . .“ Und er fing an, Matrjona stündlich zu verhören: „Habe ich Dich, die Kärrin, gerettet oder nicht?“ Und immer strenger: „Bin ich Dein Erretter oder wer sonst?“ Matrjona sah, wie der Schmied finster wurde. Er ging fort und machte sich an seine Arbeit. Die Diebe — stahlen, die Kaufleute — handelten, alles ging seinen alten Gang, wie in Onkels Zeiten, und der Held plagte sie weiter und fragte sie tagtäglich: „Wer bin ich für Dich?“ Und er gibt ihr eine Ohrfeige und zerrt sie an den Zöpfen! Matrjona läßt ihn, sucht ihn mild zu stimmen, sagt ihm liebevollste Worte: „Du, mein lieber Garibaldi, mein italienischer, Du mein englisches Cromwell, Bonaparte von Frankreich!“ Und nachts, wenn sie allein ist, weint sie still: „Gott, o Gott! Ich dachte, daß es wirklich etwas wird, und nun ist es so gekommen!“ — — — — — Aber, das ist nur ein — Märchen.

In den Wäldern von St. Quentin.

Aus der Gegend von St. Quentin wird uns geschrieben: Wir hatten Gelegenheit, des Nachmittags öfter Ritte in den kühnlichen Schatten der leider hier nur noch so seltenen Laubbücher zu unternehmen. Schlecht gepflegt sind diese Wälder. Jeder sieht es auf den ersten Blick, hier fehlt der kundige Forstmann nicht erst seit Beginn des Krieges. Das war niemals ein prächtiger Wald, wo die Bäume in Reih und Glied stehen. Aber gerade dieses verwilderte gibt ihm den eigenen Reiz. Unregelmäßig stehen große und kleine Bäume durcheinander, darunter findet sich ein wildes Gestrüpp von Unterholz; auch die Schlingpflanzen fehlen nicht. Dieser Wald hat also — wie der Botaniker sagen würde — nicht nur eine Etage, wie z. B. unser lieber Grunewald bei Berlin, wo das gesamte Grün der Bäume in gleicher Höhe liegt. Hier erklängt sich die jüngere Generation, ungeführt durch menschliche Eingriffe, was noch unterhalb der höchsten Kronen an Raum zu Gebote steht. Viele Etagen kann man hier zählen, die je nach den verschiedenen Ansprüchen den verschiedensten Arten angehören. Rur ist es hier im großen und ganzen umgekehrt als bei den Nadelwäldern unserer großen Städte. Die Mächtigen wohnen hier am höchsten, da, wo Luft und Licht, die beiden Hauptlebensnotwendigkeiten der Pflanze, am meisten vorhanden sind. Unser deutscher Wald ist also einem vornehmen Hause zu vergleichen. Hier wird nur den Ausereleuten gern eine Wohnstätte geboten. Sie aber mancher Romanistiller lieber ein Haus aufkauft, in dem, vielleicht zum Verger des Wirtes, das Leben ein recht buntes ist, so wird der Botaniker gern in den Wäldern Frankreichs verweilen. Die Stieleiche und die Hängebirke sind die hervorragendsten Bildner, die Bewohner der obersten Etage dieser Wälder. Auch in dem dicht wuchernden Unterholz sind diese beiden Arten begreiflicherweise stark vertreten. Dazu treten hier noch unter anderem Eichen oder Jitterpappeln sowie Hasel- und Schneeballsträucher. Das wäre das mittlere Hauptstöckchen. Am anregendsten ist das unterste Geschoß. Vieleslei Orchideen sind hier so recht zu Hause. Kurzum, hier ist ein Dorado für den Pflanzensammler. Und durch all diese Etagen ziehen sich je Ge-

schichten, die sich andere zuzunne zu machen verstehen, die Schlinggewächse. So sehen wir vor allem den Eisen und das so außerordentlich wohlriechende Geißblatt mit seinen kleinen gelben Blüten, hier und da auch „Je länger je lieber“ genannt. Es ist dies eine Pflanze, die mit Vorliebe von gewissen Nachtskältern, Schwärmern aufgesucht wird. Daher strahlt sie denn auch vor allem des Abends ihren starken Blütenduft aus. Auf den kleinen Blüten läßt sich der Schwärmer mit seinem dicken Leib zur Honigentnahme nicht nieder. Er steht vor ihr im Fluge wie der Habicht, ehe er sich auf seine Beute stürzt, und fährt so schwebend seinen langen Nisfel ein. Auf den feuchten Waldwegen aber huscht am Tag der große Schillerfalter auf und ab und läßt sich auf dem Erdboden nieder, um aus dem Boden Flüssigkeit zu saugen. Recht häufig ist hier dieser bei uns so seltene blaue Schmetterling. Ja, der Naturfreund kommt in diesen Wäldern auf seine Kosten.

Versuche über die Unsterblichkeit der Einzeller.

Die Behauptung vieler Tierforscher, daß einzellige Tiere, die sich durch Teilung allein erhalten und fortpflanzen, unsterblich seien — August Weidmann hat beispielsweise über die Unsterblichkeit der Einzelligen eine schöne Arbeit veröffentlicht —, hat andere Gelehrte, die dies theoretisch zugaben, aber für die Wirklichkeit nicht anerkennen wollten, zu Versuchen veranlaßt, durch die diese Behauptung widerlegt werden sollte. Sie suchten nachzuweisen, daß die einzelligen Tiere im Laufe einiger Jahre, während derer sie sich nur durch Teilung erhalten konnten, entarten, so daß schließlich ihre Stamm zugrunde gehen muß. So hat in den letzten Jahren — bei Artogebeginn waren diese Versuche noch nicht abgeschlossen — der Amerikaner Woodruff sieben Jahre hindurch eine Infusorienkultur beobachtet und im ganzen 4500 aufeinanderfolgende Generationen gezählt, die nur durch Teilung entstanden waren. In noch größerer Nähe hat der russische Forscher Metalinoff diese Versuche über Unsterblichkeit der Einzelligen ausgeführt; zuerst schien es, als träte im Laufe der Jahre wirklich eine Entartung ein, dann aber ergab die Beobachtung, daß dies nur scheinbar gewesen sei. Metalinoff hatte als Versuchstiere Paramacium caudatum gewählt; was die langjährige Beobachtung dieses einzelligen Geschöpfes ergeben hat, veröffentlicht er soeben in den „Berichten“ der Societe de Biologie. Es hat sich herausgestellt, daß die Nährlösung, in der die Versuchstiere leben, von erheblichem Einflusse auf die Versuche ist. Metalinoff verwandte Viehwasserschlamm in einer Verdünnung von 0,025 auf 100. Den Ausgang seiner Versuchstierreihe bildete ein einziges Paramacium caudatum. Durch Teilung wurden hieraus zwanzig, und jedes dieser zwanzig Geschöpfe wurde für sich auf ein Weinglas mit der Nährlösung zur weiteren Beobachtung gebracht. Der russische Gelehrte unterzuchte seine Versuchstiere täglich und erneuerte auch jeden Tag die Nährlösung; die Vereinigung von je zwei Tieren verhinderte er, und so setzte er die Versuche — sie sind noch nicht beendet — bislang durch acht Jahre fort. Er hat etwas mehr Generationen erhalten als Woodruff bei seinen Versuchen, was am Klima oder auch an Stammesgenümligkeiten seiner Versuchstiere liegen mag. Wie schnell die Vermehrung durch Teilung erfolgt ist, hat er zahlenmäßig festgehalten: 1912 zählte er 413 Generationen, 1913: 397, im folgenden Jahre 383, 1915 nur 258. Der Schluß, daß dies ein Schwächerwerden der Lebenskraft der Paramacien bedeute, erwies sich jedoch als verfrüht, denn im Jahre 1916 erfolgte die Teilung wieder ganz bedeutend schneller, ja am Schlusse des Jahres stellte sich heraus, daß sie sogar erheblich größer als im ersten Beobachtungsjahre geworden war; im Jahre 1916 haben Metalinoffs Einzeller nicht weniger als 400 Generationen erreicht. Nach den bisherigen Ergebnissen dieser Versuche scheint es also, daß die Paramacien in fast 2000 Generationen noch genau so lebenskräftig sind wie vorher.

Notizen.

— Der Sängerkreis in Marseille. Der Sängerkreis auf der Barbizburg wird ein würdiges Gegenstück finden. Die Marceller Zeitungen bringen als Anzeige eine Herausforderung an alle Tenöre: Herr Fernand Demaire, erster Tenor an der Marceller Oper, fordert alle Sänger zum Wettstreit heraus. Er verpflichtet sich, eine Stunde lang alle gewöhnlichen Operationen um einen Ton höher zu singen als sonst irgend ein anderer Tenor. Die Wette wird auf 10 000 Franken abgeschlossen. — Der Heizregler. Ein schwedischer Ingenieur hat eine Erfindung gemacht, die eine automatische Regelung der Wärmezufuhr und des Brennstoffverbrauches bei Warmwasserheizung ermöglicht. Bei einer gewissen Temperaturhöhe wird die Wasserzufuhr der Wärmeleitung abgestellt. Es wird mit 25 bis 30 Proz. Kohlerparung gerechnet.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts.

14] Von R. Francé. Aber es blieb nicht mehr Zeit zum Wünschen und Hoffen. . . Man äußerte Ungeduld und Zweifel im kleinen Kreis, ob der für den Abend versprochene Akteur denn auch wirklich Wort halten werde — da sprach auf einmal eine fremde, unangenehm hohe Stimme: „Man braucht nur zu befehlen.“ Alles fuhr erschreckt zusammen und erst jetzt wurde man gewahr, wie dunkel es inzwischen im Gemach geworden. Der Schrecken steigerte sich aber zum wahren Entsetzen, daß Peiher sein Haar sich sträuben fühlte — als man einen hageren, schwarzgekleideten fremden Mann einen unbestimmten Schatten, ein wirkliches schwarzes Gespenst bemerkte, das sich auf einmal dort ein läppiges, etwa zwanzigjähriges Mädchen mit einem raffigen feingehackten Gesicht, in dem die blauen Augen, die tief schwarzen, einen pikanten Vogen bildenden Augenbrauen und das reiche dunkle Haar einen das Auge bannenden Kontrast bildeten. Später sah auch Peiher ein, daß alles mit natürlichen Dingen zugegangen war. Die Tür war offen geblieben, der Ragnetiseur konnte also leicht unbemerkt eintreten und das schwarze Tuch mußte er wohl über das Mädchen an seiner Seite schlagen, sonst hätte dessen reiche morgenländische Gewandung auf der Straße unliebsames Aufsehen erregt. Trotzdem wirkte das Zusammentreffen dieser Umstände auf jeden der Anwesenden erschreckend — und eine dem nächsten Tag günstige Stimmung war vorbereitet. Der Ragnetiseur stellte sich als Chevalier Cavallo vor, seine Begleiterin nannte er nur kurz Fatme. Und ohne sich auf vieles Reden einzulassen, begab er einige Vorbereitungen. Das war gut von Chevalier Cavallo, denn so oft er den Mund aufst, ja wenn man ihn nur näher anblüete, lief die Enttäuschung jedem über den Rücken. Der Italiener hatte die unangenehmste Zistellstimme und wenn sein Tonfall etwas sehr unwälsch hartes, fast höhnisches besaß, so stand damit sein Kopf im Einklang, denn er war von einer so impertinent

emporgeredeten Nase geziert, daß man sich ihrer nur an den Ufern der Nordsee nicht schämt. Dr. Widmont hatte seinen Gästen gesagt, daß der Chevalier mit Empfehlungsbriefen auf der Durchreise von Nürnberg nach Rom zu ihm gekommen sei, um ihm als dem alten Lehrer Mesmers seine Reverenz zu bezeugen. Es lag aber ein Gran Unwahrheit darin, das seinem laueren Charakter auch nicht wenig zuwiderlief. Er hatte nämlich einiges aus wohlwolliger Klugheit verschwiegen, im besonderen, daß die gewichtigen Empfehlungsbriefe des Cavallo von niemandem als dem seiner Freigeisterei halber seiner Stelle entsetzten Professor Weishaupt stammten, mit dem ihn politische und menschliche Freundschaft verband. Noch viel mehr verschwiegen er, was in Weishaupts Empfehlungsbrief darin stand. Daß dieser Italiener durch sein Medium das erstaunliche Kunststück des Mesmer wiederhole und zu Gotha, wo Weishaupt mit ihm experimentiert habe, die wunderbaren Weltereignisse auf die Stunde genau vorausgesagt, ja dabei verborgene und nur den Kennern zugängliche Dinge von ihm selbst geoffenbart hätte. . . Deshalb ihm gerade dieser Mann überaus geeignet scheine, für seine Sache die feurigsten Anhänger zu werben, wenn man ihn lauen, schwankenden, sonst aber ehrlichen Gemütern vorkühre und sie sich von seiner Prophezeiungskunst überzeugen lassen. Nichts anderes als diesen Wink des Illuminatengenerals hatte er nun heute ausgeführt mit der Einladung an wenige vertrautere Männer, denen er den jungen Feuerkopf von Studenten mit dem sicheren Blick des alten Mannes unbedenklich hinzugesellt, als er dessen zweifelnde und schwärmende Gemütsart erkannt hatte. Schweigend sah die kleine Gesellschaft im Halbkreis, als auf die Aufforderung des Ragnetiseurs Peiher die Fenster sorgfältig verhüllte und vor das einzige Licht, das angezündet werden durfte, Schirm und Lichtabwehrende Hüllen in so reicher Zahl anbrachte, daß kaum einige Dämmerung im engen, mit Büchern und seltsamen Flaschen vollgepfropften Gemach herrschte. Im hellen Licht sei es unmöglich, das auserwählte Mädchen, von dem die feinsten Dinge zu erwarten seien, zum Traumschlaf zu bringen, der nichts anderes denn der Tempelschlaf der Kegypter oder der Mythagogen im hellenischen Altertum, die wahre Quelle aller Wahrsagung sei, sagte dazu

erläuternd Widmont, der seinen Gästen völlig vertraut mit diesen unglücklich aufgenommenen Dingen schien. Seine ernstesten Worte blieben nicht ohne Wirkung. Sogar der dicke Hundt vergaß auf seinen Spott und seine Scherze, als nun sein greiser Freund mit einer Stimme, der man die Aufregung und den ungewohnten Ernst der Stunde anmerkte, die Anwesenden hat, unter keinen Umständen, was auch immer sich ereignen möge, was auch alles hörbar oder sichtbar werden würde, die Besonnenheit zu verlieren, oder gar sich so weit zu vergessen, plötzlich Licht zu machen oder die Sonnambule zu packen. Für plötzlicher Tod und Bahnansfälle des allzu lebhaften Zweiflers sowie dauernde Geisteszerrüttung seien schon des öfteren in Paris und an anderen Orten die Folge solch unbedachten Tuns gewesen. Während er dies alles auseinandersetzte, hatte Cavallo das Mädchen in einen Lehnstuhl gesetzt und trich ihr mit dem Daumen beständig von der Stirne über die Schläfen bis zum Halse herab, sah sie starr an und wiederholte scharf und bestimmt in seinem fremden Tonfall das Wort: „Schlafen.“ Fatme sah zusammengesunken da, auf einmal fielen ihre Hände kraftlos nieder, ihr Kopf sank rückwärts und sie lag unheimlich zu schlucken an. Wenn Peiher später von den Ereignissen jenes Abends sprach, betonte er stets das unheimliche Gefühl, das ihn besiel, als er damals zum ersten Mal gewahrt hatte, daß die Augen der Sonnambulen nicht nur nicht geschlossen, sondern unnatürlich weit geöffnet und so erschrecklich verdreht waren, daß man nur das Weiße in ihnen, aber keinen Augapfel sah. Unwillkürlich rückten alle näher um das Mädchen und der leichte Hauch skeptischer Scherze, der den Abend einleitete, war längst verfliegen. Auf einmal begann Fatme zu weinen, laut, bitterlich, mit quäkender Stimme, wie ein verzogenes, kleines Kind. „Sie bildet sich ein, sie ist Bambino,“ erläuterte Cavallo. — „Sprachen Sie mit ihr, Monsignori, als wenn sie Kind wäre.“ Die vier alten Herren stellten sich aber sehr ungeschickt bei diesem improbierten, längst entwöhnten Umgang an. Und Peiher wagte überhaupt kaum zu atmen, geschweige denn zu reden. (Fortf. folgt.)

Die Verhandlungen des Würzburger Parteitags.

Dritter Verhandlungstag.

Würzburg, 17. Oktober.

Von der Front und aus der Heimat sind viele Glückwunsch-telegramme eingegangen.

Das Korreferat zum Fraktionsbericht hält

Hoch-Ganau:

Ich will mit David nicht über die Vergangenheit streiten. Die endgültige Entscheidung fällt die Partei, wenn alle Genossen wieder daheim sind und nach dem Fall des Belagerungsstaates ein unbefränktes politisches Leben herrscht. Heute ist unsere Aufgabe, die gegenwärtige Lage zu prüfen und zu untersuchen, wie wir möglichst rasch aus dem Krieg herauskommen. (Sehr wahr!) Den entscheidenden Gesichtspunkt für die Beurteilung des Krieges hat David zu meinem Erstaunen völlig übersehen: Als der Krieg am 4. August ausbrach, war er von den herrschenden Klassen aller Länder planmäßig vorbereitet und als Eroberungskrieg gewollt. Er wäre auch als Eroberungskrieg durchgeführt worden, wenn alles nach dem Willen der herrschenden Klassen eines Landes gegangen wäre. (Sehr wahr!) Als Sozialdemokraten hatten wir

gegen jede Unterdrückung eines Volkes

durch ein anderes zu kämpfen. Dazu mußten wir zunächst unser eigenes Land verteidigen, denn gegen Unterdrückung muß sich jedes Volk selber wehren. Daneben aber mußten wir auch darauf achten, daß nicht ein anderes Volk vergewaltigt werde. Wer die Pflicht der Landesverteidigung überhaupt verneint, ist nach meiner Überzeugung kein Sozialdemokrat (Sehr wahr!), aber das tut auch niemand, wenigstens die unabhängige Sozialdemokratie nicht. Auf der andern Seite mußte aber auch in jedem Augenblick neu geprüft werden, ob und wieweit noch eine Vergewaltigung drohte oder ob nicht andere Momente die Verlängerung des Krieges bestimmten. Die Extreme von der andern Seite wollten während der ganzen Kriegsdauer die Kredite bewilligen und die Regierung unterstützen, weil noch immer das Land in Gefahr sei. Aber so war die Erklärung vom 4. August nicht gemeint. Wir wollten uns keineswegs mit gebundenen Händen der deutschen Regierung ausliefern, sondern behielten unsere freie Entscheidung bei jeder Kreditforderung. (Landsberg: Sehr richtig!) So lange wir fürchten war, daß unser Volk unterdrückt werde, so lange mußten und müssen wir alles tun, um das Schicksal von uns abzuwehren. Aber sobald das Ziel der Sicherung erreicht und die Feinde zum Frieden bereit waren mußten wir unsere politische Stellung ändern. Wie steht es nun damit? Nach meiner festen Überzeugung ist jede Vergewaltigung längst unmöglich geworden. (Hört! hört!) Das hängt mit den unerschöpflichen Hilfsmitteln der modernen Technik und Wirtschaft zusammen, und auch mit dem starken Staatsgefühl der Volksmassen in allen Ländern, die wissen, daß sie in ihrem Staat ihre Interessen wahrnehmen und ihre Rechte erweitern können. Und in dieser Unabwieslichkeit aller Völker liegt die große geschichtliche Bedeutung dieses Krieges — dadurch wird er ein Wendepunkt in der Geschichte. (Sehr wahr!) Damit ergibt sich für uns auch eine ganz neue Stellung zum Frieden und zum Friedensziel. Keine Weltwirtschaft kann in Zukunft mehr aufgebracht werden durch Krieg und auch nicht durch ihn zerstört werden. Kein Widerstand der Völker ist mehr möglich, sondern nur noch ein Leben in einer nach Rechtsgrundsätzen mit einer für alle gleichmäßig freien Entwicklung. Damit werden auch Art und Gegenstand der Friedensverhandlungen ganz anders. Gewiß werden

nicht alle Grenzheine auf dem alten Maß

stehen bleiben, aber keinen Grenzklein kann mehr die Gewalt verrücken. Die Angst vor Eroberungen ist unbegründet geworden, Eroberungen und Vergewaltigungen sind überhaupt nicht mehr möglich. (Lebhaftes Hört! hört!) Nicht Eroberungen sind mehr die Gefahr, sondern daß der Krieg verlängert wird. (Juruse: Von wem?) Das ist für Sie charakteristisch gefragt — die wahre Antwort sollen Sie gleich hören. Endet der Krieg so, daß keine Eroberungen mehr möglich sind, dann ist der bisherige Militarismus unmöglich, mindestens fällt sein Hebergewicht hinweg. Die wirtschaftliche Ausbeutung wird letzten Endes nur erhalten durch den militärischen Druck. Die Kanonen sind die ultima ratio auch gegen den inneren Feind. Nun ist die Kapitalgewalt durch den Krieg in einer Weise gestiegen worden, wie das vorher unvorstellbar gewesen wäre. Der Mittelstand ist zerrieben und wird durch die Uebergangswirtschaft vollständig vernichtet werden. Der Wegfall des Weltmarktes stellt die volle Freiheit auch auf dem Weltmarkt automatisch her. Dabei hat in Zukunft auf dem Weltmarkt nur noch das Volk Aussicht, sich zu behaupten, das die größte wirtschaftliche Macht entfaltet. Das kann nur durch den rationellsten Großbetrieb geschehen. Andererseits hat der Krieg die weitesten Kreise der Bevölkerung mit dem Bewußtsein ihrer ungeheuren Opfer, aber auch ihrer Macht erfüllt. Nun werden die ungeheuerlichen Lebensmittelpreise noch lange Zeit bleiben und es droht dem Volke eine geradezu ungeheuerliche Ausbeutung. Dagegen wird es, so hoffe ich bestimmt, selbstbewußt sich wehren. Damit aber hat auch durch den Krieg der Kapitalismus eine Erschütterung erlitten, die er nicht mehr überwinden kann. Alle Welt hat erkannt, daß die Wirtschaft und der Großbetrieb, notwendig wie sie sind, nicht mehr der Willkür des Kapitals überantwortet werden dürfen, sondern daß die Gesamtheit sich einmischen muß. (Sehr wahr!) Die bisherige Staatswirtschaft hat keinerlei Ähnlichkeit mit dem Sozialismus, aber diese Wirtschaft wird immer mehr unter die Kontrolle der Gesamtheit kommen. Nach dem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen wird eine Ausbeutungswirtschaft unmöglich. Das ist die Gefahr, vor der die kapitalistischen Kreise zittern. Sie sehen eine andere Zeit vor sich, als die, in der sie leben und die sie vertreiben. Deshalb sind es nicht die allbeidenlichen Proletaren-Beobachter, die den Krieg verlängern, sondern die Klasseninteressen der Bourgeoisie sind es, die den Kampf gegen den Frieden entzweit haben. Sie müssen den Krieg verlängern, wenn und weil sie sich nicht selbst aufgeben wollen. So wie wir darauf vertrauen, daß in dieser furchtbaren Vernichtung das deutsche Volk nicht zugrunde geht, daß es unbesiegbar ist, daß trotz allem das arbeitende Volk in seinem Freiheitskampf vorwärts gehen wird, so fest glauben jene an die Gewaltideale ihrer Kreise. Darum ist der Kampf um den Frieden der schwerste und ernsteste Klassenkampf.

Gibt es doch jetzt noch Genossen, die, wie im Frieden, den Feind nicht überwinden, sondern, wie Kolb, ihm entgegenkommen, ihm Zugeländnisse machen und sich vor den Wagen der bürgerlichen Partei spannen wollen (Lachen und Widerspruch). Genossen, die bürgerliche Politik unter dem Namen der sozialistischen Politik treiben wollen. (Erneuter Widerspruch.) Wir sind und bleiben, wie Ebert gesagt hat, eine Partei des Klassenkampfes, wir sind niemals davon abgewichen, auch nicht am 4. August (Sehr gut!) Wir lassen uns auch in keiner Weise davon abbringen. Unser altes politisches Exzerzierreglement bleibt bestehen. Dem Stämpfer im 'Vorwärts' geschrieben hat, es hätte darin Bestanden, daß wir die Vorlagen ablehnten und Protestresolutionen annahmen, so ist das ein fast unverständlicher Unflut. Nur arbeit-

feindliche Vorlagen haben wir abgelehnt. Daran wollen Sie doch wohl nichts ändern. Unsere Grundzüge sind die alten geblieben, niemand hat unser Programm geändert. Nur wer auf dem Boden dieser Grundzüge steht, hat das Recht, zur Partei zu gehören. Unsere alte Klassenkampfstatik bleibt unverändert bestehen.

Die einzige Gefahr, die uns gegenwärtig wirklich bedroht, ist die einer weiteren Verlängerung des Krieges, durch welche die Völker noch mehr verarmen und verbluten. Alle Kraft müssen wir

gegen die Kriegsverlängerer

anspannen, darüber kann kein Streit bestehen. (Juruse: Selbstverständlich!) Wir müssen den Kampf gegen diejenigen Parteien und Regierungen führen, die im Dienste des Widerstandes gegen den Frieden stehen. Heute überwiegt in allen Staaten der Militarismus. Die Kriegspolitiker sind nur eine ganz kleine Minderheit, aber sie haben den Staat in der Hand. Selbstverständlich können wir mit den bürgerlichen Parteien in der Friedensfrage zusammengehen, aber wir müssen die Bewegung in der Hand behalten und ihr die Richtung weisen. Wir wären ja Idioten, wenn wir die Hilfe verschmähten, aber wir müssen jedes Abweichen verhindern. (Juruse: Selbstverständlich!) Daher befürchte ich nicht, daß wir in der Friedensfrage über das Ohr gehauen werden. Fortschrittler und Zentrum müssen und werden neben uns aushalten, nicht etwa wegen unserer Drohung der Kreditverweigerung, sondern weil auch der Mittelstand, die Kleinbauern und Kleinhandwerker immer dringender nach Frieden verlangen. Wir stehen mitten in einer Revolution auch auf parlamentarischem Gebiet. Soll die große Welle der Bevölkerung in die Regierung in der Hand haben, oder soll es eine kleine Scharfmacher-Clique? Die Kriegspartei erstrebt ein Gewaltregiment von Militär und Geldlast, den Staatsstreik von oben. Nach der Verfassung entscheidet der Kaiser allein über Krieg und Frieden und Ministerernennungen, deshalb ist auch unsere Forderung revolutionär, dem Volke die Entscheidung zu übertragen. Die Verfassungsfrage ist bis auf alle Einzelheiten ausgearbeitet und der Friedensfrage. Ohne Friedensfrage hätten wir keine Verfassungsfrage. In diesem Kampf ist noch alles zu leisten. (Widerspruch.) Die Friedensresolution vom 18. Juli kann natürlich ein großer ausschlaggebender Erfolg werden, wenn dahinter auch der Kampfwille steht. Aber in diesem Kampfe hat der Reichstag bisher vollständig verlagert, wahrlich nicht durch unsere Schuld. (Hört! hört!) Gewiß hängt der Frieden nicht von uns allein ab, aber wir müssen alles tun, um die Friedenshindernisse in Deutschland zu beseitigen. (Juruse: Das haben wir doch hundertmal gesagt!) Es freut mich ja, daß wir übereinstimmen. (Juruse: Lauter Selbstverständlichkeiten!) Gewiß, Selbstverständlichkeiten, aber man muß daraus auch die richtigen Schlüsse ziehen. Erst wenn in Deutschland alles Könige getan ist, können wir den anderen Völkern Vorschläge machen. Unsere Minister reden nicht mehr so schlammig wie die des Auslandes, aber noch immer Unklarheiten, Zweideutigkeiten und Hinterhältigkeiten. Sie wollen noch immer herauskriechen, was für Deutschland herauszukriechen ist, aber mit solchen Ueberbleibseln gewaltpolitischer Vorstellungen läßt sich der Frieden nicht machen. Natürlich sind die englischen und amerikanischen Regierungen nicht besser — gleiche Kräfte, gleiche Krappen —, aber wenn sie der deutschen Politik Unerschlichkeit entgegenwerfen, ist das ganz begrifflich. Selbstverständlich dürfen wir

Elsch-Vorbringen nicht heranzugeben.

aber warum sagt man nicht, daß es gleichberechtigter Bundesstaat wird? Warum schafft man keine Klarheit über Belgien? Heute darf man nicht andeuten, heute muß man ausprechen. Die Unaufrichtigkeit der Regierung zeigt sich auch in der Lebensmittelfrage, bei der Zensur, beim Belagerungsstand, in den jüngsten Auslassungen des Kriegsministers und des Staatssekretärs der Marine. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Völker noch ein neues Kriegsjahr durchleben sollen. Die Völker können es nicht mehr ertragen, Geduld und Kraft der Völker sind in allen Ländern am Ende. Wenn der Frieden in den nächsten Wochen nicht von oben geschlossen wird, kommt er von unten. Schon sehen wir revolutionäre Zustände in allen Ländern. Die Regierungen sind zur gewalttätigen Abwehr gezwungen. Als der fromme Reichskanzler die Unabhängigen mit einem einfachen Wort aus der menschlichen Gesellschaft austieß, erlebten wir ein Vorbild. Genau so wird es gehen, wenn erst die revolutionäre Situation sich verschärft; alle Gewaltmittel werden dann erst gegen uns sein. Vor diesem Unglück wollen wir das deutsche Volk bewahren. Die Geschlossenheit des Volkes ist längst abgelöst durch den erbitterten Kampf. Im Volke herrscht ungeheure Erbitterung auch gegen den Reichstag, der sich das Treiben der Regierung gefallen läßt. Ich weiß ja, daß der Reichstag zur Abwehr entschlossen ist; erfolgt sie aber nicht gründlich, dann müssen wir der Regierung erklären, daß wir nichts mehr mit ihr zu tun haben und ihr die Kredite verweigern. (Einzelnieses Bravo!) Wir können dieser Regierung die Kredite nicht bewilligen, aber Kamensänderungen allein tun es nicht — auf die Sache kommt es an. Die Regierung muß klipp und klar erklären, daß sie unsere Friedens- und Verfassungsfordernungen annimmt, sonst müssen wir endgültig mit ihr brechen; der Parteitag muß aller Welt sagen: wir haben seit dem 4. August unermüßlich daran gearbeitet, den Frieden so rasch wie möglich herbeizuführen, und jetzt ist die Frucht reif. Wir sind bereit, den Kampf aufzunehmen. Das Volk duldet in unvorstellbarer Weise, immer von neuem wird es verdrückt. Wir müssen den Leuten, die draußen leiden, die Sicherheit geben, daß wir den Kampf gegen den inneren Feind mit vollster Rücksichtslosigkeit und Schöpfungseligkeit führen. Den unerbittlichen Kampf für den Frieden zu proklamieren, ist die Aufgabe dieses Parteitags, nur dadurch wird er vor der Partei und der Menschheit bestehen. (Lebhaftes teilweises Beifall.)

Der Parteitag tritt in die Diskussion ein. Mit zur Beratung gestellt werden die Anträge, insbesondere ein Antrag Hoch und Genossen, der folgenden Wortlaut hat:

Die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß endlich der Krieg beendet wird durch den Frieden, der das einzige Mittel dazu ist, nämlich durch den Frieden ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung irgend eines Volkes, ohne Annexionen und Kriegsschädigungen und auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker. Zu dem Frieden können wir erst dann gelangen, wenn in allen Ländern das arbeitende Volk den Widerstand der großkapitalistischen und militaristischen Kreise überwinden hat, die nicht auf Eroberungen verzichten, sondern den Krieg weiter und weiter verlängern wollen in der Hoffnung, daß sich ihnen doch eine günstige Gelegenheit zu Eroberungen bieten werde. So ist mit dem Kampf für den Frieden unlosbar verbunden der Kampf gegen die politische Bevormundung des Volkes im eigenen Lande, der Kampf um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Völker, um den entscheidenden Einfluß des Volkes auf die Regierungen, um die Beteiligung aller völkereindlichen Bevölkerungen.

In diesem Kampfe hat die Sozialdemokratie die Führung zu übernehmen im Sinne der Grundzüge unseres Parteiprogramms und der Forderungen unserer Parteitage und internationaler

Kongresse, die die Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner fordern und eine Politik des Entgegenkommens an Eroberungspläne und scharfmacherische Bestrebungen ablehnen. Daher hat die Sozialdemokratie auch die Regierungen zu bekämpfen, die offen oder hinterhältig die Bestrebungen gegen den von uns geforderten Frieden fördern. Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegsvorbereitungen bewilligen und ebensowenig einer anderen Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig im allgemeinen und in den wichtigeren Einzelfragen zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekant oder deren Handlungen ihren Zusicherungen widersprechen.

Wolle: Keine feindliche Regierung hat bisher Friedensgeneigtheit gezeigt. Die Friedensresolution des Deutschen Reichstags ist aber auch nach Hoch ehrlich gemeint. Wenn er die Antwort auf die Papstnote herabsetzt, so dient er damit Deutschland nicht. An der Ehrlichkeit der deutschen Friedensbereitschaft ist nicht zu zweifeln. Kredite haben wir niemals der Regierung bewilligt aus Liebe für die Junker und Kapitalisten. Die deutschen Arbeiter haben sich geschlagen, um die feindliche Invasion fernzuhalten. Dank unserer Arbeit hat der deutsche Arbeiter etwas zu verlieren und darum die Zustimmung des ganzen Volkes zu unserer Haltung. Natürlich ist die Stimmung abgeklaut, aber Halbheit war es, daß eine Anzahl Reichstagsabgeordneter dem nachsamen und sich dadurch zwischen zwei Stühle setzten. Wir haben nicht Schaupolitik zu treiben, sondern das zu tun, was den Arbeitern frommt. Die Landesverteidigung steht in unserem Programm und auch nach dem Kriege werden die Landesverteidigungsfragen von größter Bedeutung sein. War es ein deutlicher Eroberungskrieg, als England uns den Krieg erklärte? (Sehr gut!) Jedes Mittel zur Kriegsbeendigung ist mir recht, aber international sein heißt, daß das Proletariat in allen Ländern zu gleicher Zeit und mit gleichen Mitteln auf das Kriegende hinarbeitet. Das ist in Stockholm nicht gelungen. Unsere Kreditverweigerung würde den Krieg nicht beenden. Sollen wir, während unsere Leute draußen im Feuer zehntausender Geschütze liegen, während draußen die Hölle schallt, die Mittel zur Landesverteidigung herbeizugern? Das würde die Kampffähigkeit unserer Truppen erschüttern, würde die Gefahr der Invasion bedeuten. (Zustimmung.)

Brüder-Verein: Die Politik der Fraktion hat sich erfreulich von der Bourse entfernt. Sie muß aber dem Volke noch besser bekannt werden dadurch, daß eine Zentralkomitee wöchentlich, ja sogar täglich kurze Tätigkeitsberichte in das Gedächtnis der Arbeiter hämmert. Den Vorgängen in Preußen muß der Parteivorstand mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Die Friedensaktion hat die Preußenfrage zurückgedrängt. Sie konnte Heimann, statt den Volkspol nach demokratischem Wahrsinn in Preußen zu stärken, sagen, daß damit Zeit ist bis nach dem Kriege. (Zustimmung.) Nein, man muß das Feind schmeiden, solange es warm ist. Die Abstimmung der Unabhängigen im Reichstag hat gezeigt, daß sie lieber mit Heubrand und Westarp gehen als mit den eigenen Klassen-genossen. Redner begründet den Berliner Antrag, der den parlamentarischen Vertretungen entschlossenes Auftreten in den Parlamenten zur Pflicht machen will, damit, daß Parteibüchlein im Parlament durch Parteitagebeschluss vorgeführt wird.

Emmel-Mühlhausen i. O.: Wohl war bei Kriegsausbruch die Zustimmung überaus für die Kreditbewilligung; aber das, was wegen 1870 Bebel und Diebstahl die Fenster eingeschlagen wurden, haben wir später als ihre größte Tat anerkannt. Will man energisch gegen den Krieg Front machen, so muß man irgendwas beginnen, und wir verlangen, daß das von uns in Deutschland geschehe, weil uns das am nächsten liegt. (Juruse: Welches am gefährlichsten ist?) Genug Genossen im Felde fordern die Kreditverweigerung. Man bewilligt Kredite jedoch der Regierung, die das Geld ausgibt. Ebert hat im Reichstag der Regierung den ich ärgsten Kampf angefangen. Wie kann man da der Partei noch zumuten, ihr die Mittel zu bewilligen? Für einheitliches Vorgehen im Parlament sind auch wir, aber es muß jedem unbenommen bleiben, sich der Abstimmung zu enthalten. In der elsch-Vorbringungsfrage kann nur von einem Selbstbestimmungsrecht im Rahmen des Deutschen Reiches die Rede sein. Würde Elsch-Vorbringen über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden können, warum nicht auch Hessen, Mecklenburg, Thüringen? Wirtschaftlich ist Elsch-Vorbringen durchaus in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingegliedert und seine Ausbreitung würde zu den schwersten Schädigungen führen.

Weigand-Bremen: Durch Kreditverweigerung einseitig in Deutschland wird der Frieden nicht gefördert; erst müßte eine internationale Verständigung der Sozialisten vorangehen, andernfalls machen wir unsere Situation in Deutschland unmöglich. Durch Kreditverweigerung wäre auch der Belagerungsstand nicht beilegt, sondern nur verschärft worden. Erreicht hat die Opposition nur die Zerreißen der Partei, für den Frieden aber hat sie nichts durchgesetzt. Unsere Fraktion aber hat eine bürgerliche Mehrheit gezwungen, in der Friedensfrage mit uns zu gehen. Hätte das bei der Kreditablehnung erreicht werden können? Auch die Oster- und Julibotschaft sind Erfolge der praktischen Arbeit der Fraktion, wir müssen also auch für die Zukunft durchaus freie Hand für sie lassen. Redner begründet dann einen Antrag Bremen, die Kriegsbeschädigtenfürsorge und Hinterbliebenenversorgung den Rechtsregeln der Reichsversicherungsordnung zu unterstellen.

Deusch: Die Entscheidung des 4. August war in der Tat ein weltgeschichtlicher Wendepunkt, aber wie konnte man dann sagen: „Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben.“ Die überwiegende Mehrheit des In- und Auslandes hatte eine andere Entscheidung erwartet. Die Pläne aus den heiligen Schriften von Marx und Engels beweisen dagegen gar nichts. Man kann dreimal so viel entgegengesetzte Zitate anführen, oder entscheidend sind nicht die Altvordern, sondern entscheidend war die weltgeschichtliche Situation des Augenblicks. Und darum fehlte mir an Davids Referat die weltgeschichtliche Basis, ohne die wir nicht zum geschichtlichen Verständnis kommen. Tatsächlich ist doch am 4. August die alte Internationale zusammengebrochen. Die Ursache war die brutale Tatsache der englischen Weltbeherrschung, an deren Aufrechterhaltung auch die englische Arbeiterklasse interessiert war. Deshalb war die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder bisher nur eine Idee, aber keine Wirklichkeit. Wie wird es in Zukunft werden? Aber einstweilen müssen wir mit den gegebenen Tatsachen rechnen. Eine glatte Lösung der Kriegsfrage ohne Knoten gab es überhaupt nicht. Den Widerspruch zwischen Kreditbewilligung und Ablehnung der Militärforderungen in der Friedenszeit hat auch David nicht aus der Welt geschafft. War das nicht — rückblickend gesehen — auch früher schon eine Gefährdung der nationalen Interessen? Könnten wir doch so ehrlich wie einst Engels sagen, daß die geschichtliche Entwicklung ihm Unrecht gegeben habe. Aber leider sind wir noch zu stark von agitatorenischen Bedürfnissen abhängig, um so ehrlich gegen uns selbst zu sein. Wir dürfen den Krieg nicht vom Standpunkt der Krankenschwester aus betrachten, sondern als revolutionäre Tatsache. Seien wir also die Neusorientierung im eigenen Leben nicht so dou uns. (Teilweiser Beifall.)

Meerfeld-Köln: Tummel hat sich auf die Volks- und Massenstimmung berufen, das ist berechtigt, aber nicht immer tapfer. (Sehr wahr!) Wandler „Rühret“ schafft sich erst die nötige Massenstimmung, um sich dann hinter ihr zu verkrühen. Die die Führer reden und schreiben, so denken auch in der Regel die Massen. Das kann man in benachbarten Kreisen mit oft ganz gleicher Struktur beobachten, wo die Führer sich im leichten Wasser der Stimmung noch noch fühlen und auf das gewisse platte Agitationsmaterial nicht verzichten wollen. Da treten dann Verwirrungen auf. Wir haben aus

frühesten Verantwortlichkeitsgefühl

und aus Liebe zum deutschen Volk am 4. August 1914 wie am 19. Juli 1917 gehandelt. Die Resolution vom 19. Juli kann nicht erst ein Erfolg werden, sondern ist es bereits. (Sehr wahr!) Auf diesem Wege werden wir weitergehen. Wir dürfen darum nicht feigelegt sein, auch nicht auf das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, wie es Winnig möchte. Die Resolution des 19. Juli war

eine Großtat der Partei,

deshalb trifft der Haß der Alldeutschen auch uns und nicht die Unabhängigen, die sich so fortwährend mit Westarp und Heubrand und gerührt in die Arme sinken. Darum gehen sie in gleicher Weise die Juncung der Alldeutschen wie der Feinde im Ausland. (Sehr wahr!) Wir sagen der Regierung Michaelis, die fast kraft- und hilflos umherirrt, den härtesten Kampf an, wir überlegen, ob wir dieser Regierung die notwendigen Mittel zur Verteidigung des Landes weiter in die Hand legen können. (Hört! hört!) Wir fordern eine starke Regierung mit scharf umrissenen Friedenszielen. Wir brauchen Klarheit vor allem auch über Belgien, den Liebling der West und den Angelpunkt des Krieges für England. Wir sprechen Deutschland nicht von aller Schuld frei, wir geben Professor Haller recht, daß Schuld an dem Kriege die englische Einkreisungspolitik sei, aber die Schuld an der Einkreisungspolitik trägt die Weltpolitik des Fürsten Bülow. Wir sind aber einmal in den Wahlstrom des Krieges geraten und müssen jetzt das Volk, so gut es geht, vor dem ärgsten Schaden bewahren. Die Zukunft wird unsere Haltung glänzend rechtfertigen. Vom Kriege geht eine neue Zeit aus und wir wollen und müssen dabei sein. (Lebhafter Beifall.)

Stamper-Berlin: Unfreiwillig haben wir keinen Katholikentag, sondern tragen unsere inneren Gegensätze offen wie nie aus. Auch am „Vorwärts“ soll und muß Kritik geübt werden und es ist gefahren. Aber deshalb ist noch nicht jede Kritik berechtigt, und besonders die von Hug war es nicht. Wir haben unter dem Sozialistengesetz die sozialistischen Parteigruppen des Admittums scharf abgegrenzt und die Befreiung der Arbeiterklasse aus eigener Kraft gefordert. Das war damals notwendig, geradezu selbstverständlich, aber heute würden wir doch wohl die Verhältnisse ganz anders beurteilen. (Sehr wahr!) Wenn sich die Verhältnisse ändern, ändert sich auch unser Verhalten. Wir müssen jetzt übergehen zu einer Politik des gegenseitigen Härden und des unmittelbaren wirklichen Kampfes. Wir sind zu groß geworden, um nichts zu erreichen. Wir dürfen nicht blindlings alles annehmen, aber wir müssen uns auch frei halten von Ablehnungsfällen der Unabhängigen, von dem Sie die Beispiele mit Heiterkeit und Enttäuschung aufnehmen haben. Wir kommen mit dem harten System nicht weiter. Wir brauchen eine geschmeidige Taktik, volle gradlinige Verfolgung unserer Ziele, volle Freiheit in der Wahl der Mittel — so werden wir zum Siege gelangen. (Beifall.)

Ube-Breslau: Was richtet die Aufmerksamkeit unserer Genossen in der Heimat und im Felde, des ganzen Landes und der Welt auf unseren Kriegsparteitag? Man erwartet von uns eine klare Stellungnahme zum Stand der Friedensfrage, zur Regierung Michaelis und zur Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Man wartet gespannt darauf, ob vom Parteitag ein neuer Antrieb zur

schärfsten Zurückweisung der Kriegstreiber

ausgehen wird. Die Resolution, die wir mit 118 Unterschriften versehen vorlegen, will der Partei in diesem Sinne eine klare Marschroute geben. Die Gesamttätigkeit und Gesamtaufassung der Fraktion wird darin gebilligt. (Bravo!) Dabei kann natürlich jeder einzelne Einwendungen und Ausstellungen haben. So hätte z. B. vielleicht am 4. August gegen die Verletzung der belgischen Neutralität protestiert werden sollen. Aber leider hat das Ganze für unmöglich erklärt. (Hört! hört!) Auch bei der Proklamierung des verschärften II-Wood-Krieges, den wir immer beklamt haben, hätten wir scharfer von der Regierung abdrücken können. Mehrfach ist wohl bei den letzten Krisen der Reichstag auch zu früh auseinandergegangen. Aber im ganzen hat die Tätigkeit unserer Fraktion weit über den Rahmen unserer Genossen und Wähler hinaus Beifall im Volke gefunden. Indem sie unserem Lande diente, hat sie zugleich der Partei eine günstige Situation geschaffen. Es ist schon so, wie mir hier dieser Tage ein älterer Parteimitglied sagte: „Was sollen wir denn anderes tun, als zu Scheidemann zu halten.“ Auch das Auftreten der Unabhängigen hat uns den Resonanzboden des Volkes keineswegs entzogen. Sie haben nur einmal aus Eigenem die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenken können, als sie sich zum ersten Male offen von der Partei trennten, seitdem nicht mehr. Nicht weil sie klein oder schwach waren — das waren wir auch lange Zeit —, sondern weil sie den richtigen Weg nicht gehen. Deshalb richtet sich auch die ganze Wut und der infernalische Haß der Alldeutschen nicht gegen sie, sondern gerade gegen die Gesamtpartei. Wir wollen ihn weiterverdrängen, wir wollen den Willen zum härtesten Kampf gegen die imperialistisch-kapitalistische Gruppe rückhaltlos erneut zum Ausdruck bringen. Wir wollen uns mit unserer Resolution mit der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats einverstanden erklären, den Reichstagsbeschluss vom 19. Juli billigen, unsere Genugtuung über die Antwort an den Paps und über die Tätigkeit der deutschen Delegierten in Stockholm ausdrücken. Wir wollen von der Regierung ausdrücklich rückhaltlos Klarheit über ihre Kriegsziele fordern. Wir wollen die Fraktion ermächtigen, Kredite zu bewilligen, aber nur dann, wenn es durch die Interessen der Landesverteidigung geboten ist. Wir wollen sie in keiner Weise festlegen. Wir wollen jede Verantwortung ablehnen, wenn die Regierung weiter die demokratische Neugebaltung ablehnt oder in den Bundesstaaten verweigert oder verweigert. Wir wollen also auf allen Gebieten scharfe Klarheit mit unserer Resolution schaffen, daß sie mit erdrückender Mehrheit angenommen werden kann. Uns schaudert vor dem hiesigen Kriegswinter mit seinem ungeheuren Elend, uns schaudert vor neuen Großkampagnen. Keinen Tag soll das entsetzliche Gemetzel fortbauern durch die Schuld Deutschlands. Kein Tag soll vergehen, ohne unseren lebhaftesten Widerstand gegen die Kriegstreiber. Kein Kampf soll nicht Eroberungen, sondern der Verteidigung des Landes geduldet sein. Mit dieser Parole werden wir das ganze Volk auf unsere Seite zwingen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Der Antrag Ube hat folgenden Wortlaut:
Der Parteitag erklärt:
Mehr als drei Jahre währt der unheilvolle Weltkrieg und noch immer sind die herrschenden Mächte außerstande, den Ausweg zur Erzielung des Friedens zu finden.
Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich in Lebensentscheidung mit ihren Grundsatzen zur Pflicht der Verteidigung ihres Landes bekannt. Das war eine harte Notwendigkeit, um eine Niederlage Deutschlands und eine dauernde wirtschaftliche Verelendung unseres Volkes und im besonderen der deutschen Arbeiterklasse fernzu-

halten. Der Parteitag billigt daher die von der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit vertretene Politik.

Er verpflichtet die Fraktion wie bisher, so auch fernerhin ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten sind.

Der Parteitag bekräftigt von neuem die Ueberzeugung, daß ein Friede zu erstreben ist, durch den kein Volk politisch oder wirtschaftlich oder finanziell hergewürgt wird. Nur die Aufstellung eines solchen Friedenszieles ist geeignet, bei allen Völkern, die zur Fortsetzung des Krieges treibenden Kräfte zu überwinden und die Friedensbestrebungen siegreich zu machen. Nur ein solcher Friede kann die Gewähr der Dauer in sich tragen. Der Parteitag heißt die Tätigkeit der Delegierten und der Gewerkschaften in Stockholm gut und billigt die Entschließung des Reichstags vom 19. Juli und erkläre in den Vorarbeiten, die in der Note des Vatikan und in der deutschen Antwortnote gegeben sind, eine geeignete Grundlage für die Einleitung von Friedensverhandlungen. Er fordert die Reichsleitung auf, mit rückhaltloser Offenheit für die Wiederherstellung Belgiens als eines nach allen Seiten neutralen Staates einzutreten. Er protestiert mit größter Entschiedenheit gegen Pläne, die auf eine Aufteilung von Elsaß-Lothringen unter die deutschen Bundesstaaten ausgehen und hält daran fest, daß ohne Verzögerung die Autonomie und Gleichberechtigung als Bundesstaat im Rahmen des Deutschen Reiches an Elsaß-Lothringen verliehen wird.

Der Parteitag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die Partisanen der Eroberungsbestrebungen der Alldeutschen, der sogenannten Vaterlandspartei und verwandter Richtungen. Er weist das gewissenlose Treiben derer zurück, die die ihnen zustehenden Kriegsgewinne zu einer fribolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen benützen und den Namen des Vaterlandes zu ihren Parteizwecken zu mißbrauchen sich erdreisten. Diese Kreise nehmen die ungeheure Schuld auf sich, den Kriegsverlängerern in den gegnerischen Ländern immer von neuem Anlaß und Vorwand zur Aufspaltung der Kriegseidenschaft ihrer Völker zu geben. Zugleich laden sie die schwere Schuld auf sich, die Einigkeit unseres Volkes im Verteidigungskampf zu schwächen und zu gefährden. Es ist die Pflicht der Reichsleitung, jeder amtlichen Beeinflussung zugunsten der Annexionspolitik entgegenzutreten und sich von den Vertretern dieser Politik in voller Unzweideutigkeit loszusagen.

Der Parteitag verlangt die sofortige Vermittlichung der Sehnst des deutschen Volkes nach Demokratie. Er ist der Ansicht, daß nichts so geeignet sein würde, die Widerstandskraft und den Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu führen, als die Verwirklichung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Insbesondere erkläre der Parteitag in der unverzüglichen Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sowie in der entscheidenden Mitwirkung des Reichstags bei allen größeren Fragen der Zeit Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Verzögerung der demokratischen Neugebaltung ergeben können, lehnt der Parteitag ab. Sie fällt auf diejenigen, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen.

Von diesen Anschauungen geleitet, fordert der Parteitag das deutsche Volk auf, unter dem Banner der sozialdemokratischen Partei einzutreten und geschlossen den Kampf zu führen für Frieden und Freiheit, für die deutsche Zukunft und für die höchsten Güter der Menschheit.

Reichstagsabgeordneter Davidsohn: Es ist ein Glück für die Partei, unser Volk und die Internationale, die doch höchstens scheintot ist, daß wir trotz aller Tagesfragen Zeit finden, uns über die psychologische und ätiologische Seite des Kriegesproblems auseinanderzusetzen. Das ist ein Beweis unserer ungeheuren Kraft. Aber warum hat der Sozialpolitiker Hug kein Wort für die wichtigen sozialpolitischen Fragen. Es bestehen in weiten Arbeiterkreisen gegenwärtig akute Notzustände, gegen die wir unmittelbar einschreiten müssen. So hat eine glänzend gewinnende Textilindustrie in meinem Wahlkreis bis Mitte August d. J. nur 10 Proz. Lohnaufschlag gezahlt, und die Behörden weigerten sich einzuschreiten. Demgegenüber müssen wir Mindestlöhne und Höchsttarifstage zum Gegenstand direkter sozialpolitischer Aktionen machen. (Beifall.)

Winnig-Hamburg: Der Reichstag ist im Laufe des Krieges sehr populär geworden. Dabei ist seine Haltung in den Regierungskrisen nicht immer ein Ruhmesstück für ihn gewesen. Was er zum erstenmal über die Zusammenfassung der Regierung befragt wurde, hat er den einzigen Kanzler gestürzt, von dem man wünschen mußte, daß er bleibe, den Kanzler der Neuorientierung, des Verständigungsriedens, der an Durchbildung und Reife unter den Staatsmännern weit hervorragte. Diesen Fehler muß der Reichstag durch Befestigung des jetzigen Kanzlers wieder gutmachen. Die scharfe Kampfsprache Eberts an ihn bei der letzten Sturmstimmung war für viele Genossen eine wahre Erleuchtung. Die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik ist gegenwärtig, der Volksvertretung

bestimmenden Einfluß auf die Zusammenfassung der Regierung zu erringen. Alle anderen Fragen hängen damit zusammen, wie das Reich regiert wird. Dazu bedarf es nicht sowohl einer Änderung der Verfassung, als vielmehr einer zielbewußten und arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit. Ohne diese ist keine Parlamentarisierung möglich. Genießt wird damit eine gewisse Bewegungsfreiheit ausgegeben, aber nur so können wir aus der geschichtlichen Situation herauskommen, was überhaupt in ihr liegt. Das gegebene Kampffeld der Partei für die nächste Zukunft ist das Parlament. Vor dem Kriege hatten wir unglücklichweise die Wege einer revolutionären Ideologie beschritten zu einer Zeit, wo nur praktische, organisatorisch und parlamentarisch gearbeitet werden konnte, denn eine Arbeiterklasse, deren Fortschritt und Aufstieg durch friedliche Arbeit gesichert ist, wird nie gewillt sein, Revolution zu machen. Für die Zukunft stehen wir vor einem Wagnis. Wir müssen bereit sein zur parlamentarischen Taktik oder auch dazu, in Sturm und Drang zu hürzen, was zum Falle reif ist. Für heute wollen wir aber der Fraktion einen Kredit für die ausstellen, mit gutem Gewissen fortzusetzen, was sie begonnen hat: die Zusammenarbeit mit anderen Parteien zur Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit. Wir werden jeder Resolution zustimmen, die dieser neuen Taktik den Weg freimacht. (Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf die Nachmittags-sitzung vertagt.

Nachmittags-sitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt. Ebert teilt mit, daß über den Antrag Ube namentliche Abstimmung beantragt ist.

In der weiteren Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion erhebt zunächst das Wort:

Säcker-Bielefeld: In der Frage der Ernährung von Heer und Volk hat die Regierung ihre Pflichten auf schwerste vernachlässigt. Hier kommen wichtige Lebensinteressen des Volkes in Frage, und dabei könnte die Bewilligung der Kriegskredite sehr wohl benutzt werden, um die Regierung zur Erfüllung zu zwingen. In der Kriegszielefrage muß die Regierung gezwungen werden, sich nicht nur eindeutig auf den Boden der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli zu stellen, sondern auch danach zu handeln.

Frans-Waldenburg führt lebhafteste Beschwerde über die Handhabung des Verzins- und Verfallungsrechts im Kreise Waldenburg. Trotz aller Versprechungen, daß es besser werden wird, sind bis in die letzte Zeit keine Gewerkschaftsversammlungen, ja sogar eine Zusammenkunft des Gewerkschaftsrateils und auch die Zusammenkunft von Vertrauensmännern mit Vertretern von Behörden

verbunden worden. (Hört! hört!) Wünschenswert wäre es, wenn die Fraktion für die Opfer der Kriegsgewinn Ausdehnungen eintritt. Es handelt sich hierbei um die Opfer der mangelnden Ernährungsfürsorge. Die Erbsen, die vorgekommen sind, sind zu verteilen, aber es ist niemand ernsthaft bestraft worden, und die ungeheuer hohen Strafen sind jedenfalls nicht gerechtfertigt.

Sollmann-Köln: Die Kölnner ersehen alle Instanzen, sich mehr mit der Lage der Staats- und Gemeindeangelegenheiten zu beschäftigen. Tatsächlich haben wir viele Wähler aus den Reihen der Privatangehörigen gewonnen. Staats- und Gemeindebeamten hatten bisher keine Möglichkeit, sich der Partei anzuschließen. Jetzt ist aber Dr. August Müller Unterstaatssekretär geworden. Wenn er auch so weit rechts steht, daß er von links kaum mehr mit hohem Auge erkannt werden könnte, so ist er doch ein eingetragenes Parteimitglied, und was dem Herrn Unterstaatssekretär recht ist, muß dem Schumann Müller und dem Nachwächter Meier billig sein. Die Beamtenchaft wird nach dem Kriege stark radikalisiert werden und stark wachsen. Sie war bisher politisch sehr unzuverlässig und wird es vielleicht auch bleiben, aber jedenfalls müssen wir uns ihrer Interessen mit vollem Nachdruck annehmen. (Beifall.) Den Genossen Hoch und Emmel danken wir, daß sie in der Partei geblieben sind und ihre Meinungsverschiedenheit kameradschaftlich mit uns austragen. Aber die Aufnahme ihrer Resolution würde zu einer politischen und moralischen Katastrophe für uns werden. Die Gedankengänge Winnig sind recht logisch, aber sie eilen der Zeit voraus. Die bürgerlichen Parteien sind gar nicht zur Zusammenarbeit bereit. So hat z. B. das Kölnner Zentrum es rundweg abgelehnt, mit uns gemeinsam eine Demonstrationssammlung für die Resolution des 19. Juli abzuhalten. (Hört! hört!) Die Zentrumswahlkreise und auch die Kreise der Zentrumsanhänger sind freilich nicht etwa mit der Kölnischen Volksregierung einverstanden. Entschieden wir eine starke Volksbewegung für eine Politik des Friedens und der Partei. (Beifall.)

Brandes-Wagdeburg: Eine solche Bewegung ist leider nicht möglich, weil wir keine Redefreiheit haben. Das kennzeichnet so recht die Neuorientierung. Da ist es höchste Zeit, daß wir unsere politische Stellung revidieren. Man hat die Kreditbewilligung unmittelbar aus der Pflicht der Landesverteidigung hergeleitet. Damit hat man Verleumdungen Vorschub geleistet, mit denen in der früheren Zeit die ganze Partei als vaterlandlos hingestellt wurde. Heute ist glücklicherweise die Fraktion nicht mehr geneigt, bedingungslos Kriegskredite zu bewilligen, sondern sie will dieses wichtige Druckmittel gebührend ausnutzen, um Fortschritte für das Volk zu erzielen. Auf diesem Wege muß sich die Fraktion weiterentwickeln. (Teilweises Bravo!)

Weißmann-Freiburg i. Br.: Wir im bombengelegneten Freiburg danken der Fraktion für die Bewilligungen der Kriegskredite. Und hängt vor jeder Kassen Nacht und jedem schönen Wetter. Dann kommen die feindlichen Flieger über uns und die deutschen Kanonen sind dann unser einziger Schutz. Die reichen Leute sind schon alle von Freiburg weggegangen. (Hört! hört!) Die Arbeiter können nicht wegwandern. Helfen Sie deshalb weiter den Kriegsgeldern — für sie ist der Krieg gewiß ein reiner Verteidigungskrieg. (Beifall.)

Gausch-Bassel: Hoch hat sehr richtig gesagt, daß wir zur Bewilligung von Kriegskrediten verpflichtet sind, wenn dem Lande die Gefahr droht, vom Feinde erdrückt zu werden. War diese Gefahr jemals größer als jetzt? Da verlangt das Lebensinteresse der deutschen Arbeiter unsere Kreditbewilligung. Es ist vollkommen falsch, daß wir den Klassenkampf abgeschworen hätten.

Die Katastrophopolitik haben wir endgültig abgelehnt und uns zur organischen Arbeit bekannt. Für sie bedürfen wir rücksichtsloser Durchsetzung der preussischen Wahlreform und Bekämpfung des Staates durch die Volksvertretung. Gerade die Herr Michaelis hat diese letzte Forderung außerordentlich populär gemacht. Wir dürfen auch vor der Teilnahme an der Regierung nicht zurückweichen. Was Winnig gesagt hat, sind eigentlich nur noch Selbstverständlichkeiten. Unsere

praktische Arbeit für die Demokratisierung

findet Anhang und Beifall selbst bis in die Reihen der Unabhängigen hinein. Ihre Fortsetzung durch die Fraktion ist ausgedehnte Verbeirung. (Lebhafter Beifall.)

Stollen-Hamburg: Brandes will, daß wir die Kreditbewilligung nur noch als Previsionsmittel benutzen, aber die Previsionspolitik muß aufhören, sobald dadurch die Allgemeinheit gefährdet wird. Es scheint mir auch zweifelhaft, ob man der deutschen Regierung Hinterhältigkeit vorwerfen kann. Unterschätzen Sie doch die Schwierigkeiten der Friedensarbeit der deutschen Regierung nicht. So wenig wir am Scheitern von Stockholm schuld sind, so wenig ist Deutschland für die Verlängerung des Krieges verantwortlich. Die Orientierung will eben noch immer den Frieden nicht. (Sehr wahr!) Im übrigen bewilligen wir die Kredite nicht der Regierung, sondern der Nation. Mensch hat den 4. August einen Bruch mit unserer früheren Haltung genannt. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Aber wir standen auch vor einer ganz neuen Situation. Im Frieden waren wir immer die strengen Kritiker gegen unser Land, unsere politischen Einrichtungen und unsere eigene Partei. Wenn nach diesem Kriege die sozialdemokratischen Parteien der anderen Staaten gegen sich auch nur annähernd so streng sind, wie wir jetzt gegen uns waren, wird die Internationale gesünder als früher sein. Doch meine, daß schon immer die Fraktion das Mögliche durchgesetzt hätte, dabei übersehen die deutschen Parteien. Wenn die bürgerlichen Parteien uns Jugendsünden machen, dann verlangen sie dafür auch, daß wir nachher die Verantwortung übernehmen. Wir müssen also aus der Selbstisolierung heraus. Kompromisspolitik oder Demokratisierungspolitik, eine dritte Möglichkeit gibt es nicht, und wir müssen uns für die praktische Politik entscheiden.

Schmidt-Weihen: Daß Deutschland gerade in diesem Augenblick härter bedroht sei, als je, erzählt uns David vor jeder Kreditbewilligung. Aber wie wollen Sie dann den französischen Genossen Vorwürfe machen, daß sie die Kriegskredite annehmen, da ihr Land doch härter bedroht ist? (Zurufe: Wer macht ihnen denn deshalb Vorwürfe?) Weismann hat sich zwar nicht den Alldeutschen ergeben, aber es immer mit keiner Partei verbeirten wollen. Ausdrücklich hat er gesagt, daß der Standpunkt der hohen Verteidigung für ihn nicht mehr besteht. Auch Michaelis wollte die Politik der Zweideutigkeit fortsetzen. Was will nun David tun, wenn die Regierung noch immer keine Klarheit schafft? Will er denn auch dem „Volk“, das nichts zu sagen hat, die Kredite bewilligen, will er sie auch bewilligen, wenn die Regierung ein neues Sozialistengesetz schafft? (Gelächter und Widerspruch.) Wir müssen mit der schärfsten Waffe Klarheit schaffen, eben mit der Waffe der Kreditbewilligung. (Teilweiser Beifall.)

Schlotz-Breslau: Injere

Arbeit für die Feldgrauen

kann gar nicht intensiv genug sein. Unser besonderes Augenmerk wird eine Handgrube von Material für Heeresreform auch nach dem Kriege sein. In der letzten Session hat die Fraktion eine ganze Reihe von Anträgen zugunsten der Soldaten eingebracht. Aber was sagt die Regierung dazu? Kommt endlich die Erhöhung der Pensionen usw.? Rechnet bespricht dann den Belagerungszustand in Schlesien. Keine Kreditbewilligung, wenn das in Schlesien nicht anders wird. Sonst sind wir mit der Tätigkeit der Fraktion voll einverstanden. (Beifall.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Voraussetzungen vorhanden sind. Es sei nicht anzunehmen, wie die Vertreter des Westens es dargestellt haben, in der Allerschlimmsten Weise ein besonderes Geis zu erbliden; hierzu würde kein Recht bestehen. Der König könne nur kraft der bestehenden Hausverfassung solche Maßnahmen, wie sie hier in Frage stehen, treffen.

Aus aller Welt.

Zum Eisenbahnunglück bei Schönhausen.

Ueber die Ursache des Zusammenstoßes ist nichts Sicheres festgestellt. Der Führer des Ferienzuges gibt an, daß er im letzten Augenblicke das Haltesignal vor dem Bahnhof nicht habe sehen können. Die getöteten Kinder, die alle in München-Bladbach beheimatet sind, befanden sich zur ersten auf den Badwagen folgenden Personenzug. Dieser sowie die Lokomotive sind vollständig zertrümmert.

Schlagwetter-Explosion.

Aus Dortmund wird gemeldet: Die Verwaltung der Zeche Minister Achenbach in Brambauer gibt bekannt, daß sich am Schacht III der Zeche Montag nachmittags gegen 5 Uhr im Flöz 15 eine Explosion schlagender Wetter ereignet habe. Die Ursache sei bisher noch nicht festzustellen gewesen; die Weiterführung sei geregelt. Ein Teil der in dem Flöz beschäftigten Arbeiter konnte unverletzt zu

Zuge fahren. Bisher seien sechs Tote geborgen, doch sei mit fünf bis sechs weiteren Toten zu rechnen. — Bekanntlich sind im letzten Jahre im Ruhrbezirk eine Reihe schwerer Grubenunglücke eingetreten, ohne daß man die Entstehungsurache hätte ergründen können.

„In Freien Stunden“

Heft 41 enthält den Aufsatz: „Ein Kampf mit dem Teufelsfisch“ mit Abbildungen.

Ein Monitor auf eine Flußmine geraten.

Aus dem österreichischen Kriegspresquartier wird gemeldet: Die erste Monitordivision unternahm am 22. September eine Übungsfahrt von Cernadova nach Braila. Auf der Rückfahrt geriet der Monitor Jun auf eine Flußmine, welche explodierte. Es gelang, den Monitor in leichtes Wasser zu bringen, wo er nach kurzer Zeit sank. Der Flottenkommandant v. Höfner konnte trotz aller Bemühungen nicht gerettet werden. Ein Unteroffizier, der mit acht anderen Leuten über Bord geschleudert worden war, versank, ehe das Rettungsboot ihn erreichte. Sonst sind keine Verluste zu beklagen. Drei Mann waren schwer, fünf leicht verwundet.

Ein deutsches Postamt in Riga wird am 22. Oktober eröffnet werden. Es vermittelt den privaten Post- und Telegrammverkehr der Zivilbevölkerung des Gouvernementsbezirks Riga mit dem Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost mit Deutschland, mit dem Generalgouvernement Warschau und mit Oesterreich-Ungarn (nur Postverkehr).

Die Sommerzeit im russischen Winter. Nach der Stettiner „Handelszeitung“ verfügt die provisorische Regierung die Befreiung der Sommerzeit in Rußland auch für den Winter.

Feuerschnee in Kansas City. Ueber die Hälfte der Viehhöfe von Kansas City (Nordamerika) ist durch Feuer vernichtet. Einige tausend Stück Vieh sind umgekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Kurierzwang und Kurpfuscherei. Von Dr. Otto Reußhüter. 40 Bl.
Freie Bahn für die Kurpfuscherei? Von Dr. Heinrich Kantor. 1 R. Verlag Julius Springer, Berlin.
Die Tonau- und die Weierengränge. Von Dr. Wilhelm Knorr. 3,50 R. Gustav Kiepenheuer, Weimar.

Briefkasten der Redaktion.

— Gedr. N. 2. Sie sind u. E. im Recht. Beantragen Sie beim Gericht Aufhebung der Pflegschaft. — Friede 17. Sie müssen eine Handels-erlaubnis unter Ihrem Namen haben. — G. R. 65. 1. R. 2. Bei Ihrer Krankenkasse, falls Sie im Laufe des letzten Jahres 26 Wochen versichert waren, pro Tag 2,50 M. für 8 Wochen. — F. D. 30. Sie müssen besondere Gründe haben. Wozu denn aber auch laßiglich? — Verhändlungsverfahren. Wenn das Kriegsgericht das Verfahren eingestellt hat, können Sie nur disziplinarisch bestraft werden. Während der Verjährung der Strafe haben Sie keinen Anspruch auf Kriegserklärung. —

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Jemlich mild, nordwärts fortschreitende Trübung mit geringen, nur im Südosten stärkeren Regenfällen.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Der lebende Leichnam.
Freitag: Winterkallide.
Kammerspiele.
8 Uhr: Fasching.
Freitag: Eine glückliche Ehe.
Volksbühne.
Theater am Blüchplatz.
Untergrund, Schönb. Tor.
7 1/2 Uhr: Was ihr wollt.
Freitag: Nathan d. Weise.
Dir. C. Meinhart — R. Barnauer.
Theater d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Der Katzensteg.
Komödienhaus.
7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater.
7 1/2 Uhr: Die tolle Komödie.

Theater für Donnerstag, 18. Oktober.
Central-Theater.
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.
Deutsches Opernhaus.
7 Uhr: Die toten Augen.
Friedrich-Wilhelmst. Theater.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Bürger Schippel.
Komische Oper.
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädels.
Lustspielhaus.
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.
Neues Operettenhaus.
Schiffbld. 48. Kassent. N. 281.
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.
Residenz-Theater.
7 Uhr: Raskolnikoff.
Schiller-Theater O.
7 1/2 Uhr: Auf der Sonnenseite.
Schiller-Th. Chari.
7 1/2 Uhr: Gespenster.
Thalia-Theater.
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
Theater am Nollendorfsplatz.
3 1/2 Uhr: Der Freischütz.
7 Uhr: Die blonde Schöne.
Theater des Westens.
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher.

Die Befestigung des Oberkommandos in den Marken, betreffend Beschlagnahme von Holzstoff und Strohstoff tritt am 18. Oktober 1917 in Kraft.
Die vollständige amtliche Befestigung erfolgt an den Anschlagplätzen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Berlin, den 31. Oktober 1917.
Der Polizeipräsident.

Freie Volksbühne

Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 4):
Generalversammlung der Freien Volksbühne
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 155/10*
2. Bericht der Revisoren.
3. Diskussion.
4. Resolutions des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren, der Verwaltung und Ortsvereine.
Die Mitgliedskarte ist an der Kontrolle vorzuzeigen.
Der Vorstand. A. R. G. Binler.

Allgemeine Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter.

B. a. G. Hamburg.
Mitglieder-Versammlungen der Filialen:
Berlin 1: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Bäckerstr. 71, bei Schwachnabel.
Berlin 2: Sonntag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, Köpenickerstr. 4, bei Schulz.
Berlin 3: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Reichenberger Str. 154, bei Kayser.
Berlin 6: Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, Köpenickerstr. 123, bei Meyer.
Berlin 11: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Köpenickerstr. 6, bei Meyer.
Lichtenberg II: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 9 Uhr, Alt-Borsig 56, bei Stume.
Neukölln: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 9 Uhr, Bismarckstr. 69, bei Kramer.
Tegel: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Schönberger Str. 61, bei P. Gutlich.
Wildau: Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Schumann.

Abrechnung vom 3. Quartal 1917.

188/5 Die Ortsverwaltungen.

B. FEDER

Norden: Brunnen-Strasse 1
Süden: Kottbuser Damm 103
Osten: Frankfurter Allee 350
Westen: Charlottenburg, Scharrnstr. 5 Ecke Wilmersdorfer Str.
empfiehlt gegen bar und auf Kredit zu annehmbaren Bedingungen
Fertige Damen-Kleidung
Jackenkleider, Mantelkleider
Wester mit u. ohne Pelzbesatz
Plüsch-, Samt- u. Astrach.-Mäntel
Seidenkleider, Kostümröcke, Blusen
Kinder- und Backisch-Kleidung
Pelzkragen u. Pelzmuffen
in Skunks, alle Arten Fische
Marder, Iltis
Damenhüte u. Pelzhüte
Neueste Form
Fertige Herren-Kleidung
Burschen- u. Jünglings-
= Anzüge =
Sonntag von 12-2 geöffnet!

WINTERGARTEN

Der neue umfangreiche Varieté-Spielplan Frieda Langendorff a. G.

Zirkus A. Schumann

Heute abend 7 1/2 Uhr: Zum Mexiko.
2. Male: Große Original-Ausstellung - Pantomime in Gesang u. Tanz i. 4 Akte, inson. v. Dir. A. Schumann.
1. Akt: Auf der Farm
2. Akt: In der Festung
3. Akt: In der Opiumhöhle des Chinesen-viertels v. St. Francisco
4. Akt: Das geheime unterirdische Tempelfest im Chinesenv. v. St. Francisco.
Vorh.: Das gr. Zirkus-Prgr.

APOLLO

Friedrichstraße an der Kochstr. Dir. James Klein.
Allabendlich 7 1/2 Uhr: Die Hochzeit des Maharadscha
Theaterk. ununterbr. geöffnet.
Sonntags: 2 Vorstellungen, 3 1/2, und 7 1/2 Uhr.

Der lustige Witwer

mit W. Hartstein.
Nazu d. große Okt.-Prgr.
Schluß des Hartstein-Gastspiels a. 31. Okt.

Kerkau-Palast

Ehrenstraße 43
Im 1. Stock Punkt 5 U. nm:
Marionetten
Unt. ander. veränd. vorgef.:
Francilla Kaufmann
Lucie Kieselhausen
Klassische Tänze
Sont Mahasa
Orientalische Tänze
Robert Steidl
Gebrüder Wills
Hand- u. Kopf-Akrobaten
Salerno
der berühmte Jongleur
Blondel
am Schwungseil
Toto
der unverwundl. Clown
Hochinteress. f. Erwachs. und Kinder, jung und alt.
Keine erhöhten Preise für Getränke erster Güte.
Eintritt u. Garderobe frei.
d. allbekanntesten Gottschalk-Kap.

URANIA

8 Uhr: Das Oberengadin und der Spägen.
6 Uhr: Prof. Dr. P. Schwahn: Einführung in die Differential- und Integralrechnung.
NATIONAL-THEATER
7 1/2 Uhr: Cyprien Str. 68.
Täglich 7 1/2 Uhr: Größter Erfolg! Das ist die Liebe!
Rufft von Walter Bromme.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Was junge Mädchen träumen!
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Weiberfeind.
Wahalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Zigeuner.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Jed. Sonntag nachmittags 3 Uhr Vorstellung z. ermäßigten Preisen!
Logen 1 M., Parkets 75 Pf.
Eintritt 30 Pf.
Billetts schon heute!

Casino-Theater

Volhinger Straße 37.
Täglich 7 1/2 Uhr: Wirtlicher Humor! Gr. Erfolg! Die Schlägerposse
Heiraten mußte!
Vorher der neue bunte Zell.
Sonnt. 4 Uhr: Gaste, die Perle.
Trianon-Theater
Georgenstr., Bf. Friedrichstr.
7 1/2 Uhr: Allabendlich 7 1/2 Uhr.
Der Lebensschüler.
Schauspiel von Ludwig Fulda.
Kaiser-Tita, Ida Wüst.
v. Möllendorff, Kettner, Flink.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Johannistfeuer.

Admirals-Palast.

Die Novität
Abrahamdabra
Großes phantastisches Ballet auf dem Eis.
7 1/2 Uhr. Vorzugl. Küche.

Berliner Konzerthaus

Mauerstr. 62. Zimmerstr. 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
An allen Nachmittags-Konzert u. voller Orchesterbesetzung.

Busch

Täglich 7 1/2, Sonnabend u. Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.
Das große Zirkus-Prgr. Neu! Neu!
Alex u. Hermann! Kopf auf Kopf.
Neu! Neu!
Die weiße Dame und die Schmetterlinge neuart. Kombin.-Reitakt.
Neu! Rolando, Neu!
der Mann in der Wasserzelle usw. usw. u. zum Schluß: Die 3 Pierrots Spiel.
Freitag 7 1/2, und Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr: Gold! Gold! Wer mit Gold zahlt, erhält eine gleiche Karte umsonst!!

Voigt-Theater.

Sadstr. 56. Sadstr. 58.
Täglich: Loge No. 7.
Sassendorffstr. 67, Anfang 7 1/2 U.
Ich bin zurückgekehrt
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauer10T.), Blutuntersuch. Schenck, sichere schmerzlos. Heilung ohne Verunstaltung. Teilzahlung. 225/6
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8.

Möbel

In allen Preislagen 1-, 2- u. 3-Zimm.-Wohnungen empf. in mod. Ausfühg.
Jul. Apelt, Tischlermstr. Berlin 50, Adalbertstr. 6, Hochbahnstr. Kottb. Tor.

Hämorrhoiden

schwind, schnell u. schmerzlos, bei Hämorrhoiden, siehe bei: Kaiser, Anstr. M. 5, 50, Otto Roloff, Berlin-43, Ehrenstr. 4
Waldparzelle
Bf. Sadstr. L. N. 10 Nr. 100. Hülsen, Steigly, Sionoffstr. 11. 188/3

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Metallarbeiter
Wilhelm Dreger
Gräberstr. 76
am 12. Oktober gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Prenzlauerberg, Mariendorfer Str. 63, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Metallarbeiter
Hedwig Jache
Simon-Dach-Str. 40
am 14. Oktober gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Prenzlauerberg, Mariendorfer Str. 63, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Dreher
Willi Luschadt
Stadtholmer Str. 30
am 13. Oktober gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Oktober, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerdichtstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Schlosser
Ludwig Ringelisen
Stadtholmerstr. 41/42
am 16. Oktober gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lützenkirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Schmied
Rudolf Kröger
am 7. Oktober gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken! 188/9 Die Ortsverwaltung.

Gesang-„Sileher-Chor“

verein „Sileher-Chor“
R. D. H. S. S.
Ein zweites Opfer des Weltkrieges ist unser Gesangsbruder 249/5
Emil Seeger
geworden. Er fiel am 16. April durch Wundenverletzung.
Er war ein braver und tüchtiger Gesangsbruder.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
Nach unsagbar anstrengten Leiden starb am 13. Oktober mein lieber Mann, der Schriftsetzermeister
Franz Herrmann
im 65. Lebensjahre. 700b
Klara Herrmann
geb. Schwach.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Okt., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reußener Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Spezial-Arzt

Dr. med. Haedicke
Harn-, Haut-, Geschlechtsleid., Syphil. (Behandlungsd. 12 T.), Blutunters. Ehrlich-Hata-Kuren (Salvarsan-) K. Mod. schmerzlose Behandlung o. Herufstörung. - Mäßige Preise. Teilzahlung. - Friedr. 107-108 (Untergr.) 11-1, 3-7, Sonntags 11-1.

Spezial-Arzt

Dr. med. Laabs
Seh. (schnell, gründl. mögl. schmerzlos u. ohne Bruchsch.). Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.
Königsstr. 34/36. Sprechst. Epr. 10-1 u. 3-5, Sonnt. 10-1
Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbad.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Herz- u. Nervenleiden, chron. Gelenk-, Lungen-, Nerven-, Lähmungs-, Herz- u. Bluthochdruck, Bluthochdruck, Bluthochdruck, Bluthochdruck.
Königsstr. 34/36. Sprechst. Epr. 10-1 u. 3-5, Sonnt. 10-1

Sozialdemokratischer Verein Niederbarnim. (S. P. D.)

Bezirk Lichtenberg
Den Parteigenossen hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler
Albert Haese
Hilfstr. 129, am Dienstag, den 16. Oktober, nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 22. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in Mariendorf, ab statt. Abfahrt ab Bahnhof Lichtenberg, Friedrichstraße 2 Uhr 15 Minuten.
Die Parteigenossen werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.
14/13
Die Bezirksleitung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern gehen wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen
Hermann Wieland
vom Städtischen Oddach.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Donnerstag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weihensee, aus.
Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht.
188/18
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater

Albert Gräber
am 18. Oktober nach kurzer schwerer Krankheit, welche er sich im Felde zugezogen hat, im Alter von 44 Jahren verstorben ist.
Dies zeigen im Heften Schwere an
Frau Anna Gräber
nebst Tochter Gertrud.
Die Beerdigung findet am 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Mariendorf, aus statt.
Tag 18/19, 7 1/2 Uhr vom Bahnhof Friedrichshofe.

Spezial-Arzt

Dr. med. Haedicke
Harn-, Haut-, Geschlechtsleid., Syphil. (Behandlungsd. 12 T.), Blutunters. Ehrlich-Hata-Kuren (Salvarsan-) K. Mod. schmerzlose Behandlung o. Herufstörung. - Mäßige Preise. Teilzahlung. - Friedr. 107-108 (Untergr.) 11-1, 3-7, Sonntags 11-1.

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbad.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Herz- u. Nervenleiden, chron. Gelenk-, Lungen-, Nerven-, Lähmungs-, Herz- u. Bluthochdruck, Bluthochdruck, Bluthochdruck, Bluthochdruck.
Königsstr. 34/36. Sprechst. Epr. 10-1 u. 3-5, Sonnt. 10-1

Der Würzburger Parteitag.

(Schluß aus der Beilage.)

Abg. Stücken: In der Arbeit für unsere Feldgrauen sind wir stets einmütig gewesen. Wir haben die Pflicht für unsere Feldgrauen und ihre Familien zu arbeiten, stets als Ehrenpflicht empfunden, bei ihnen darz nicht gespart werden. Unsere letzten Anträge sollen Milliarden Mark erfordern, auch diese Summe müßte aufgebracht werden. Wir haben vor dem Krieg den Militarismus leidenschaftlich bekämpft. Mit dem Krieg traten zunächst andere Fragen in den Vordergrund. Aber für die Bekämpfung der langen Dienstzeit haben und die Kriegserfahrungen mit der raschen Ausbildung selbst älterer Leute zur Kriegstauglichkeit das beste Material gebracht. Wir werden nicht ruhen, bis wir die stehende Heere in demokratische Volkshere umgewandelt haben. (Bravo!) Seit Kriegsbeginn haben wir sofort und als einzige Partei Anträge zu Gunsten der Feldgrauen gestellt. Die andere Parteien sind unermüdet gefolgt und im letzten Tagungsabschnitt sind schließlich alle unsere Anträge einstimmig angenommen worden und die Regierung wird einen großen Teil davon bald verwirklichen müssen.

Kan ist gelegentlich getadelt worden, daß wir nicht noch schärfer vorgegangen sind, namentlich im Plenum des Reichstags; insbesondere sollte das im Kampf gegen die Mißhandlung gesehen sein. Wie liegt das tatsächlich? Wir hatten in der Kommission eine Erklärung des Kriegsministers herbeigeführt, die in dieser Form und Schärfe unmöglich wiederholt werden konnte, deshalb vergriffen wir auf die öffentliche Aussprache und warteten zunächst einmal ab. Und tatsächlich ist die Besserung auf diesem Gebiet doch eingetreten. Auch sonst haben wir in der öffentlichen Kritik immer darauf Rücksicht nehmen müssen, dem Feinde kein Material zu liefern. In der Kommission aber haben wir kein Wort vor den Mund genommen. Wäre es der Fall gewesen, dann hätten die Unabhängigen uns das gewiß schon längst vorgezogen. (Lebhafte Beifälle!)

Was haben wir nun durchgesetzt? Wir haben hingewiesen auf die enormen Gehälter in der Kriegsbefolgsordnung und die jämmerlichen Löhne der Soldaten. (Sehr wahr!) Von diesem Standpunkt aus sehen wir die Erhöhung der Krankenzulagen durch. Jetzt endlich ist auch die allgemeine Erhöhung des Soldes der länger dienenden Soldaten durchgesetzt und der Reichswehrsekretär wird sich damit beschäftigen müssen. Wir haben an der Verpflegung der Soldaten unermüdet Kritik geübt. Am besten wäre es natürlich, wenn alle draußen aus einem Topf essen müßten. (Lebhafte Zurufe: Auch trinken!) Aber eines in dieser Richtung ist doch erreicht worden. Wir haben das Recht der Soldaten auf Urlaub erkämpft gegen den Widerstand der Regierung. Wir haben die freie Eisenbahnfahrt der Soldaten nach der Heimat herbeigeführt und ihnen für die Urlaubzeit erhöhtes Verpflegungsgeld erwirkt. Unteroffizieren, Feldwebeln, Offizieren und Beamtenstellvertretern, allen denen, die lokal viel leisten, aber ungenügend bezahlt werden, sind wir beigeprungen. In die Kantinenverhältnisse haben wir Ordnung gebracht. Die letzten Söhne und die Väter linderreicher Familien sind nach unseren Wünschen aus der Front zurückgezogen worden. Vater und Sohn sollen nicht mehr zusammen an der Front stehen. Die Verletzung der Jahrgänge 1898 bis 1870 in ihre Heimatgarnisonen ist zugelassen. Ein besonderes Bureau gibt Auskunft und bearbeitet das ganze Material für die Fraktion. Kommen die Feldgrauen zurück, dann können wir ihnen sagen, daß die Sozialdemokratie unerschrocken für ihre Familien eingetreten ist und daß sie sich und anfalligen sollen zum Kampfe gegen das gemeinsame Ziel. (Bravo!)

Abg. Cohen-Neub: Wir bewilligen die Kredite natürlich nicht unter allen Umständen. Aber ich kann mir jetzt die Situation kaum vorstellen, in der wir sie ablehnen können. In diesem Kriege hat es noch keine Stunde gegeben, in der Deutschland nicht in der höchsten Gefahr gewesen wäre. Auch ich habe scharfes Mißtrauen gegen Dr. Michaelis, aber sachlich hat er unseren Friedensstandpunkt sich ziemlich zu eigen gemacht. Bedingungslos können wir Belgien nicht räumen, sonst gibt uns England unsere Kolonien nicht zurück. Die Kreditverweigerung wäre für die Feldgrauen das Signal zur Pählung ihres Kampfwillens, was das Symbol für das Versagen des Heeres wäre. Auch nach dem Kriege bleibt unsere Situation fürchterlich, wenn wir nicht aus der Isolation herauskommen. England und Amerika werden uns nach dem Kriege nicht lieben. Darum müssen wir mit dem neuen England in ein freundschaftliches Verhältnis kommen.

Landberg-Magdeburg: Der ganze Parteitag steht ausnahmslos auf dem Boden der Landesverteidigung. Ob auch die Unabhängigen darauf stehen, wissen wir nicht genau. Wenn in ihrem Programm haben sie diese Frage als „nicht aktuell“ ausgelassen (Sehr wahr!) und die ihnen verbündeten Linkradikalen erklären sie für eine „kapitalistische Verwirrungsphase“. Selbstverständlich bewilligen wir nicht unter allen Umständen Kriegskredite. Wenn wir wie Italien oder Rumänien in den Krieg gegangen wären, hätten wir sie rundweg verweigert. Der Soche nach ist der Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg. Selbst Hoch hat erklärt, daß deutsche Eroberungen unmöglich sind. Sollen denn unmögliche Ideen unsere Haltung beeinflussen? Die Fähigkeit der deutschen Vaterlandspartei bekämpfen wir getadelt deshalb mit dem größten Eifer, weil sie Zweifel an dem Verteidigungscharakter des Krieges erzeugt und darum die Niederlage herbeiführen kann. (Sehr gut!) Wir haben keine Verpflichtungen, ewig alle Kriegskredite zu bewilligen. Aber wir müssen freie Hand behalten. Eine Prinzipienverletzung ist die Kreditbewilligung nicht. (Sehr wahr!) Mehr als sechs Monate hat man gebraucht, um diesen Vorwurf überhaupt zu erheben. Welchen Grund haben sie denn aufgebracht? Sollen denn Millionen in einer Zeit, wo die Befehlenden verhungern, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern? Sollen denn die Bekannten der Demokratie die heute eine Volkswirtschaft geworden ist, oder die Internationalität, nach der heute selbst die Regierung schreit, oder am Ende den Sozialismus? Nein, die Konopalisierung wird in vollstem Umfang kommen. Unsere Grundzüge sind nicht erschüttert, sondern sogar vertieft. Haben Sie das Vertrauen zur Fraktion, daß sie die geeigneten Mittel anwenden wird, die sich ihr bieten, binden Sie sich weder durch die Resolution Hoch noch durch die Resolution Sinnig die Hände, sondern einigen Sie sich alle im Interesse der Friedensarbeit und der Renouierung auf den Antrag Höhe. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Das Schlußwort hat

Dauß: Ich werde im Schlußwort noch kürzer sein als im Referat. (Schallende Beifälle!) Die große Mehrheit des Parteitag billigt die Haltung der Fraktion. Unser Zusammenstoß mit der englischen Weltmacht ist ein wichtiger Zug des Krieges, aber der Konflikt mit dem zarischen Osten hatte keine geringere Bedeutung. Wir wollen nach dem Krieg mit allen Völkern in Freundschaft leben, aber die Entwicklung in Richtung ist noch nicht so weit, daß man darauf Pläne jähren könnte. (Sehr wahr!) Hoch hat in keiner Weise erklärt, warum er die ersten beiden Male die Kriegskredite annahm, das dritte Mal noch 3 Milliarden bewilligen wollte, aber seitdem nicht. Er muß sich denn Deutschland nicht in Gefahr? Wann waren die Vorgesetzten zum Frieden bereit? Seit wann ist der Krieg ein deutscher Eroberungskrieg? Die Regierung ist von Monat zu Monat unserem Friedensprogramm näher gerückt, aber Hoch hat plötzlich die Kriegskredite verweigert. Dabei hält er deutsche Eroberungen für ganz ausgeschlossen. Wie begründet er also seine schwankende Haltung? Konnte die Partei

eine solche Politik der Volkstigkeit

treiben? Mit der alten Taktik, die überwunden werden muß, habe ich die Katastrophentheorie gemeint. Unser Weg von der

Ohnmacht zur Unmacht wird langsam sein. Nur Katastrophentheoretiker konnten die Kriegskredite verweigern. Dann würde der Krieg die große Katastrophe für uns sein. Wir aber haben die russische Taktik abgelehnt und gesagt: Dieser Staat verdient, erhalten zu werden, er ist erwidlungsfähig. (Sehr wahr!) Der Hinweis auf die Klassenengegenseitigkeit führt uns in der Friedenspolitik irre. Es gibt auch kapitalistische Friedensinteressen. Unsere Wehrheitsbildung im Reichstag für den Frieden scheint Hoch zu billigen. Nun laßt auch Schmidt-Reichen in der Verfassungsfrage, es ist keine glückliche politische und agitatorische Weisheit, das Erreichte als Nichts hinzustellen. Nichts wirkt agitatorischer als Erfolge. (Sehr wahr!) Sie begeistern und machen Mut. Wir haben im Verfassungsausschuß Fortschritte durchgesetzt, um die wir vorher jahrelang vergeblich gekämpft hatten, aber für Schmidt-Reichen ist das alles nichts, wenn nicht in 14 Tagen der Zukunftsstaat erreicht wird. So macht man nicht Politik. (Zurufe: So macht man mies, so vergrault man die Arbeiter mit einem Sozialradikalismus. — Zurufe: Nichts, nichts, nichts ist!) Hoch hat geglaubt, wir dürfen den feindlichen Staatsmännern keinen Vorwurf machen, weil noch nichts erreicht ist. Das wird Menckel und Lobd George viel Freude machen, aber es ist weder wahr, noch dient es dem Frieden. Ist unser Friedensangebot nicht, unsere Friedensresolution nicht, die Antwort an den Papst nicht, die Rede Gernins und Kühlmanns alles nichts, nichts? Nein, es ist viel, und wir dürfen erst einmal von der anderen Seite ein Wort der Friedensbereitschaft fordern. (Stürmischer Beifall.) Hochs Rede wirkt genau so gegen Frieden wie die Abstimmung der Unabhängigen gegen die Friedensresolution. (Sehr gut!) Und wie stimmt gar Emmels Kreditablehnung mit seinem Telegramm an Feldmarschall Hindenburg: „Durchhalten bis zum ehrenvollen Frieden.“ (Große Beifälle!)

Den Antrag zugunsten der Staatsbeamten nehmen wir gern an. Wir sind keine Partei der schwierigen Faust, sondern eine allgemeine Volkspartei. Die geistigen Arbeiter gehören in unsere Bewegung hinein. Unser jetziger Kampf gegen die Abenteurer muß das ganze Volk erfassen. Alle, die nicht materiell am Kriege interessiert sind. Organisieren wir die Bewegung mit dem größten Eifer und Geschick, sagen wir dem Volk, daß eine neue gewaltige Bewegung im Gange ist zu den vielen, die wir seit Jahrzehnten aufgeschoben haben. Das Tempo der Weltentwicklung ist ungleich schneller geworden als vordem, und die Sozialdemokratie marschiert voran. In dieser Entwicklung mit Soldaten voran und dann mit uns das Volk mit und der Sieg! (Stürmischer, oft wiederholter lang anhaltender Beifall.)

Das eine Reihe persönlicher Bemerkungen wird zur Abstimmung geschrieben, die über die Anträge Hoch und Höhe namentlich ist.

Der Antrag Hoch wird mit 258 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Höhe wird mit 262 gegen 14 Stimmen angenommen.

Die Kauf wird der Parteitag auf morgen vertagt.

Die Regierungskrise.

Es bleibt noch wie vor alles dunkel. Geht Herr v. Capelle? Geht auch Herr Helfferich? Glaubt Herr Dr. Michaelis wirklich, sich durch Ausbootung dieser beiden retten zu können? Oder greift auch er zum Wandersab? Das einzig Positive in der ängstlichen Finsternis des amtlichen Schweigens ist eine Erklärung des Herrn v. Pappe, der in einer Zuschrift an die „Frankf. Ztg.“ das Gerücht demontiert, wonach ihm die Stellung des Finanzkanzlers angetragen worden sei.

Dennoch darf man nicht aus der Stille auf tatsächliche Ruhe schließen. Hinter den Kulissen spielt sich ein heftiger Kampf ab. Herr v. Capelle hat es offenbar tief verstimmt, daß man ihn zum Sündenbock hat stempeln wollen, der gegen die Absichten des Reichskanzlers gehandelt habe, während er in Wirklichkeit ganz im Einklang mit dem Reichskanzler aufgetreten ist. Sachlich hat Herr v. Capelle in dieser Abwehr, die jetzt auch alldoische Blätter für ihn besorgen, vollkommen recht. Aber für uns folgt nur daraus, was wir von Anfang an betont haben, daß nämlich die Frage nicht heißt: Capelle oder Michaelis, sondern Capelle und Michaelis. Nämlich in dem Sinne, daß nicht der eine oder der andere, sondern daß beide für den Abgang reif sind.

Die Verfassungsreform in Sachsen.

Am Dienstag verhandelte die Zweite Kammer über weitere Anträge ihres Verfassungsausschusses. Der Antrag, der die zwei-jährigen Tagungen des Landtags in jährliche umzuwandeln und auch die zwei-jährigen Staatsperioden durch ein-jährige erliegen will, fand mit 46 gegen 27 Stimmen zwar die einfache Mehrheit, nicht aber die nach der Verfassung erforderliche Zweidrittelmehrheit. Anders dagegen die anderen Anträge, die mit 50 gegen 23 Stimmen angenommen wurden. Sie fordern Reform der Verfassung in folgenden Punkten: Aus dem § 152 der Verfassung soll die Bestimmung gestrichen werden, wonach Anträge des Landtags auf Verfassungsänderung nicht eher an den König gebracht werden dürfen, als bis in zwei ununterbrochen aufeinanderfolgenden ordentlichen Landtagen übereinstimmende Beschlüsse darüber gefaßt worden sind. § 41 der Verfassung soll dahin abgeändert werden, daß an die Spitze des Staatsministeriums ein Minister gestellt wird, der als Ministerpräsident für die Politik der Regierung verantwortlich ist. Jetzt sind die Minister für ihre Ressorts einzeln verantwortlich. Der gefaßte Beschluß bezweckt die Schaffung einer parlamentarisch verantwortlichen Gesamtregierung in der Person des Ministerpräsidenten. Ein Beschluß zu § 84 der Verfassung bezweckt, die Immunität der Abgeordneten gegenüber der zwar ziemlich rabulalen, aber nicht klar gefaßten Verfassungsbestimmung und der sie gefährdenden Auslegung in Rechtsprechung und Literatur sicherzustellen. Der Antrag der Deputation macht sich den Wortlaut der Bestimmung der Reichsverfassung zu eigen. Ein Antrag auf noch weitere Verbesserung der Immunität wurde gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Gruppen abgelehnt. Die übrigen Beschlüsse betreffen das Recht der Beamten auf ungehinderte Annahme eines Landtagsmandats und ihr Recht, Abgeordneten unmittelbar Mitteilungen zu machen.

Die Abstimmungen ergaben völlige Einheitlichkeit der Parteien der Linken gegenüber den Konservern; nur in bezug auf die jährlichen Landtage und die ein-jährigen Staatsperioden verhandelte das Adhäsionsbündnis von vier Nationalliberalen das Richtungsänderungen der Zweidrittelmehrheit. Zwei sozialdemokratische Anträge, die dem Landtage die Mitwirkung bei aller Ernennung von Ministern sichern und die Rechte der Zweiten Kammer dahin erweitern wollten, daß ihre Beschlüsse nach dreimaliger Annahme durch sie Gesetzeskraft erlangen sollen, wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen, im ersten Punkt auch gegen die der Fortschrittler abgelehnt.

Die Wahlrechtsreform fertiggestellt.

Eine halbhoftige Nachrichtenstelle teilt mit: Die beiden Gesetzentwürfe über die Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus und über die Zusammensetzung des Herrenhauses sind

inzwischen von den beteiligten Ressorts fertiggestellt, so daß ihre Vorlage nunmehr im Staatsministerium erfolgen wird.

Die fortschrittlichen Abgeordneten Kronsohn und Genossen haben folgenden Antrag im preußischen Abgeordnetenhaus eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den in den gemeinnütigen Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse gewährleistet wird.“

Traub und die Fortschrittliche Volkspartei.

Der Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei für Kettow-Boeslow hat sich mit dem alldoischen Verhalten des „fortschrittlichen“ Warrers Dr. Traub beschäftigt und mit 44 gegen 11 Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen Traub angenommen.

Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat den gleichen Standpunkt wie der Zentralausschuß der Partei eingenommen, d. h. die öffentliche Agitation gegen Partei- und Fraktionsbeschlüsse und ihre Bekämpfung im Verein mit politischen Gegnern mit den Pflichten eines Abgeordneten der Partei für unentbehrlich erklärt.

Abg. Traub nimmt in einem Aufsatz „An meine Wähler!“ Stellung gegen das Mißtrauensvotum. Darin sagt Traub, er könne nach gewissenhafter Überlegung kein Vertrauen für die Vaterlandspartei und den Unabhängigen Ausschuss aus rein vaterländischen Gründen nicht aufgeben. Darum sehe er sich genötigt, aus der Landtagsfraktion und zunächst aus der Partei auszuschcheiden. Wenn er trotz des Mißtrauensvotums sein Mandat behalte, treibe ihn hierzu nicht politischer Ehrgeiz, sondern die Erwägung, daß er noch das Vertrauen vieler fortschrittlicher Wähler seines Wahlkreises besitze und um dem Wahlkreis die parteipolitisch leidenschaftlichen Wankämpfe zu ersparen.

Traub hat übrigens jetzt seinen verdienten Lohn — der orthodox-protestantische „Reichsbote“ nimmt ihn warm in Schutz.

Ein bedenklicher Vorschlag.

Unter dieser Überschrift nimmt die „Frankfurter Zeitung“ Stellung gegen den Vorschlag des B. T. V. der kürzlich dem Vorstand einer Berufsvereingung der deutschen Presse zur Reinigungsänderung unterbreitet wurde, ob es genüge, wenn das Wolffsche Bureau künftig die Reden feindlicher Staatsmänner nur in kurzem Auszug verbreite. In dem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ heißt es:

Gewiß ist in den zahlreichen und oft sehr langatmigen Ansprachen, die gegen uns gerichtet werden, viel überflüssiges Material enthalten, oft ein Haufen von Parolen, für den das Papier der deutschen Presse zu schade ist. Schon die gegenwärtige Anspannung an Papier zwingt dann die meisten Zeitungen, den Bericht über solche Ansprachen erheblich zusammenzufassen. Dagegen ist gar nichts einzuwenden. Jede Kürzung kann zwar den Verdacht absichtlichen Verschweigens, den Verdacht der Entstellung wecken. Aber dieser Verdacht bleibt bedeutungslos, solange die Kürzungen von jeder Redaktion selbständig vorgenommen werden. Es tritt da ein Ausgleich ein; man kann sich darauf verlassen, daß keine wesentliche Stelle einer so gekürzten Rede in sämtlichen Zeitungen zugleich weggelassen sein wird. Natürlich würden viele kleinere Redaktionen es als Entlassung empfinden, wenn ihnen der Bericht von Wolff bereits gekürzt geliefert würde. Aber die Folgen könnten sehr bedenklich werden. Selbst bei ganz objektiver Handhabung würde dauernd das Mißtrauen genährt werden, daß etwas absichtlich verschwiegen worden sei. Uebrigens ist vollkommene Objektivität ein Ideal und niemals Wirklichkeit. Und es muß festgehalten werden, daß die deutsche Presse das Wolffsche Bureau allgemein benutzen muß, weil ihm eine Art Monopol erwachsen ist, daß aber weder Presse noch Publikum zu dem Wolffschen Dienste unbegrenztes Vertrauen besitzt, nicht zu seiner dauernden Objektivität und noch weniger zu seiner Uebersetzungskunst. Soll dem deutschen Volke nur noch ein Wolffscher Auszug aus jenen Reden feindlicher Staatsmänner dargelegt werden, so wird es mit doppeltem Eifer in der neutralen Presse den vollständigen Bericht aufsuchen. Das Ausland aber wird den Eindruck gewinnen, daß die Reichsregierung nicht mehr wage, ihrem Volke jene Reden vorzulegen. Man kann sich leicht vorstellen, wie das ausgefallen werden wird.

Wir können uns diesen Bedenken nur anschließen. Gerade der „Vorwärts“ hat in den letzten Monaten wiederholt die mangelhafte Objektivität des B. T. V. in der Wiedergabe feindlicher Redaktionen des öfteren rügen müssen. Auch wenn man keine vorbedachte Tendenz bei der Kürzung der Reden feindlicher Staatsmänner voraussetzt, so kann doch schon die Verschwiegenheit der Auffassung den Erfolg ergeben, daß das B. T. V. diesen aber jenen doch in gutem Glauben als unwesentlich fortläßt, der uns gleichwohl als wichtig und wesentlich erscheint.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Russenuntere in Frankreich. Petersburg, 10. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Blätter veröffentlichten einen amtlichen Bericht über die Unterdrückung der Meuterei der russischen Soldaten an der französischen Front, die infolge einer maximalistischen Propaganda ausgebrochen war. 147 Europäer wurden getötet und 44 verwundet.

Letzte Nachrichten.

Feuerbrand in Neukölln.

In der Filmverarbeitungsfabrik von Geber zu Neukölln, Garzer Straße 80, brach heute nachmittags durch Kurzschluss Feuer aus. Von den Arbeitern, deren Zahl sich auf 80 beläuft, wurden 11 verletzt, teils durch Sprungausbrüche aus dem Fenster, teils durch Rauchvergiftung. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhindern, so daß das Feuer auf seinen Ursprung beschränkt blieb. Die Flammen, vermengt mit Gasen und atemberaubenden Gerüchen, durchdrachten eine grenzenlose, unbeschreibliche Panik unter den Hausbewohnern. Der an das Vorderhaus grenzende Seitenflügel stand vom Keller bis zum Dachstuhl total in Flammen. Durch die enormen Schwelmen waren sämtliche Fenster im Nu verbrannt. Die Treppen im Hause, sowie eine eiserne Rettungsleiter am Hause waren unpassierbar geworden. Die Hausbewohner hatten die Ruhe verloren und schrien um Hilfe. Mehrere waren auf Dach verflücht, andere hatten sich in ihren Wohnungen verkrochen und vier, die die Rettung durch die Feuerwehr nicht abgewartet, sich durch die Flammen einen Weg gebahnt, und waren aus dem Fenster gesprungen. Diese hatten schwere Verletzungen erlitten, eine Person hatte innere Verletzungen davongetragen, einer waren die Beine gebrochen und die beiden anderen lagten über Rückgrat- und Brustschmerzen. Diese fanden, nachdem man ihnen Halbwasser angelegt hatte, Aufnahme im Krankenhaus Sudow. Ein Mann und eine Frau wurden vom Dach gerettet, eine Frau aus dem vierten Geschoss und vier Männer und drei Frauen aus anderen Etagen. 18 Personen wurden auf der nächsten Unfall- und den Rettungsstellen verbunden. Lebensgefahr soll bei keiner Person bestehen.

Bewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Der Verband der Fabrikarbeiter beruft zum 17. Dezember d. J. einen außerordentlichen Verbandstag ein nach Hannover. Wie die Verhandlungen der Verbandskonferenz vom 9. und 10. Oktober ergaben, handelt es sich in der Hauptsache um die Neugestaltung der Beiträge und des Unterstützungswesens. Geplant ist ein Beitragessystem mit 6 Klassen (30 bis 80 Pf. pro Woche) und entsprechender Staffelung der Unterstützungslage. Ebenso soll Bescheid gefasst werden, ob die Kurrechnung der Gewerkschaften als Beitragszeit möglich ist.

Die Verbände der Bäcker (freie, christliche, kirchliche) haben eine gemeinschaftliche Eingabe an den Bundesrat und das Reichsamt des Innern gerichtet, worin erneut das dauernde Nachtarbeitsverbot auch nach dem Kriege gefordert wird.

Russland.

Apothekerstreik in Petersburg. Petersburg, 17. Oktober. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Angestellten sämtlicher Apotheken Petersburgs haben wegen Nichtbewilligung ihrer wirtschaftlichen Forderungen durch die Apothekenbesitzer beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Textilarbeiterstreik in Oldham. Oldham, 17. Oktober. Der vor etwa Wochenfrist aus unbekannten Gründen in einigen Baumwollspinnereien von Oldham ausgebrochene Streik breitet sich dem „Manchester Guardian“ zufolge weiter aus. Er erstreckt sich auch auf Middleton Junction. Am 12. Oktober waren über 6000 Arbeiter ausständig; mindestens 70 Spinnereien mit acht Millionen Spindeln standen still.

Parteinachrichten.

Was haben die Unabhängigen für Frieden und Freiheit getan?

- Sie haben gestimmt:
- Gegen den Verständigungsfrieden.
- Gegen die Besteuerung der Kriegsgewinne.
- Gegen die Befreiung der Gewerkschaften von den Fesseln der politischen Vereine.
- Gegen die Aufhebung der politischen Zensur.
- Gegen das Kapitalabfindungsgesetz.
- Gegen die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung, die den praktischen Beginn der Parlamentarisierung bedeutet.

Für Frieden und Freiheit!

In einer im vollbesetzten Festsaal zu Nürnberg abgehaltenen Volksversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Pandsberg unter hübschem Beifall der äußerst zahlreich erschienenen Zuhörer dieses Thema meisterhaft behandelte, wurde mit offen gegen zwei Stimmen diese Entschiedenheit gefaßt: „Die Enttäuschung und Erregung der Bevölkerung über die schwankende Friedenspolitik der Regierung, über die zunehmende Anstrengung im Innern, über die fortschreitende schamlose Bewucherung des Volkes ist auf das höchste gestiegen. Die heute am 14. Oktober 1917 im Festsaal-Relaxatorium in Nürnberg tagende Volksversammlung gibt diesem Empfinden Ausdruck und verurteilt mit aller Entschiedenheit die unklare Haltung der Reichsregierung in der Frage der Kriegsgewinne. Sie protestiert gegen die offensichtliche Begünstigung der sogenannten Deutschen Vaterlandspartei und fordert uneingeschränkte Gleichberechtigung aller politischen Parteien. Die Versammelten fordern mit allem Nachdruck von der Regierung und insbesondere vom deutschen Reichstag, daß diesen Zuständen unter allen Umständen ein Ende gemacht, daß der Stimmung und den Forderungen der

Volksmassen an der Front und in der Heimat Rechnung getragen und insbesondere auch den vollständigen Verzehrungen der Sozialdemokratie, vor allem ihnen auf den Frieden gerichteten Bemühungen, freie Bahn bereitet wird.“

Kurzes Zeitungsverbot.

Das „Kollektiv für Anhalt“, das vom Abgeordneten Busch geleitet wird, war verboten, konnte jedoch am nächsten Tage bereits wieder erscheinen.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Deutsche Gasglühlicht-A.G. Auer hat wiederum überaus glänzend gearbeitet. Bei einem Aktienkapital von 7000 000 Mark und festverzinslichen Vorzugsaktien in Höhe von 8,8 Millionen Mark und den vorläufig nur 5 Proz. tragenden, auf noch einer längeren Reihe von Jahren vollberechtigten Aktien C in Höhe von 1 965 000 R. beträgt der Geschäftsgewinn nach Abzug der Kriegsteuer 24,4 Millionen Mark, der Reingewinn 14,4 Millionen Mark gegen 12,3 Millionen Mark im Vorjahr, also doppelt so viel, als das eigentliche Aktienkapital, da die Vorzugsaktien den Charakter von höheren Schuldverschreibungen und die Aktien Bitero C den von einer Sondervergütung tragen. Aber der tatsächliche Reingewinn ist noch viel größer, denn die Verwaltung hat von vornherein 2,3 Millionen Mark nicht als Reingewinn ausgewiesen, die im Frühjahr zur Gewöhnung der Aktien Bitero C an die Aktionäre nebst anderen Reserven nötig waren. Außerdem ist die sehr hohe Kriegsteuer, wie schon erwähnt, von vornherein abgesetzt und gar nicht ausgewiesen worden und ebenso sind auch ganz gewiß noch stille Reserven geschaffen worden. Die Verwaltung hat aus dem Umstand, daß die Umsätze auf das Dreifache des besten Friedensjahres gestiegen sind, der Gewinn aber nur von 12,3 Millionen Mark im Vorjahr auf 14,4 Millionen Mark in diesem Jahr gewachsen ist, den Schluss ziehen wollen, daß die Preise eher zu niedrig seien. Nach der kritischen Analyse der Bilanz, die zeigt, wie mühsam der wirkliche Reingewinn herunterfabriziert worden ist, wird diese geschraubte Argumentation recht gewürdigt werden können. Die Gesellschaft hat außer 25 Proz. Dividende die Aktionäre durch weitere Ausgabe von Aktien Bitero C begünstigt, die vorläufig mit 5 Proz. verzinslich, nach 9 Jahren den alten Aktien gleichberechtigt sein sollen. So sei noch berichtet: Die Gesellschaft hat sich an der Oesterreichischen Gasglühlicht- und Elektrizitätsgesellschaft in Wien beteiligt. Der Bericht teilt auch mit, daß die Auer-Gesellschaft im neuen Geschäftsjahre die ihr gehörige „Gesellschaft zur Verwertung chemischer Produkte m. b. H.“ auf ein Kapital von 1 Million Mark erweitert und ihr ein Darlehen von 6 Millionen Mark gegen Verzinsung und Beteiligung am Gewinn zur Verfügung gestellt hat.

Hochkonjunktur in der Petroleumindustrie.

Der große Bedarf an Heiz- und Schmierölen hat der Petroleumindustrie eine Zeit größter Gewinne gebracht. Die Versuche, die durch den Einmarsch der Russen in Galizien und den Eingriff Rumäniens in den Krieg entstanden, sind längst wieder ausgeglichen. Bekanntlich ist die Petroleumgewinnung in Deutschland sehr gering und beschränkt sich vorzüglich auf die Produktion von Erdöl. Aber die zwei größten mit deutschem Kapital gegründeten Gesellschaften, die Deutsche Erdöl-Gesellschaft und die Steaua Romana, haben teils Eigenbesitz in Oesterreich und in Rumänien, teils lassen sie ihren dortigen Besitz durch Untergesellschaften ausbeuten. Die Deutsche Petroleum-Aktien-Gesellschaft, die lediglich Aktien von Petroleumgesellschaften im Besitze hat, also eine sogenannte Treuhandgesellschaft ist, ist auch an der ungarischen Erdgas-A.G.

beteiligt, welche die großen Gasquellen in Siebenbürgen ausbeutet. In der ersten Hälfte des Krieges haben die Gesellschaften vor allem durch die glänzende Verwertung ihrer Reserve gewonnen; heute, nachdem die größten Schäden der rumänischen Petroleumindustrie beseitigt sind, die Entladung der Sonden immer weiter fortschreitet und neue Quellen erschlossen werden, fließt der Gewinn aus der Erzeugung. Die rumänische Produktion der Steaua Romana überschreitet bereits die Friedensleistung, obwohl die in der rumänischen Moldau befindlichen Anlagen noch im feindlichen Besitze sind. Sinnfällige Zeichen in der glänzenden Konjunktur sind z. B. die Erhöhung der Dividende der Deutschen Mineral-Erdöl-A.G. in Bielefeld von 6 Proz. im Vorjahr auf 25 Proz. oder die Neugründung der Mineral-Öl-Werke Athenania-A.G. in Düsseldorf-Ronheim mit 15 Millionen Mark Kapital, die zwei bereits bestehende Raffinerien für Schmieröl und Benzin übernimmt und an deren Gründung das Bankhaus Delbrück, Schöller u. Co. in Berlin beteiligt ist.

Soziales.

Schließung des Handels mit Branntwein für die Kriegsdauer, aber Abweisung der Klage auf Konzeptionsentziehung.

Im Geschäft des Herrn Richter in Neu-Weißow, der die Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein hat und während seiner Teilnahme am Kriegsdienst durch seine Frau vertreten wird, waren wiederholt die Kriegsvorschriften über die Befreiung des Branntweinhandels übertreten worden. Nach einer Verwarnung wurde die Schließung des Branntweinhandels erst auf vierzehn Tage, dann auf einen Monat und schließlich für die Kriegsdauer angeordnet. Daneben klagte der Amtsvorsteher gegen Richter auf Entziehung der Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus. Der Kreisauschuss zu Spremberg erkannte auch nach dem Antrage und berücksichtigte dabei, daß Richter wiederholt in Urlaubszeiten im Geschäft anwesend war. Im übrigen ging der Kreisauschuss davon aus, daß auch der militärisch eingezogene Geschäftsmann verpflichtet sei, Vorkehrungen zu treffen, daß auch während seiner Abwesenheit die gegebenen Vorschriften beachtet würden.

Der Bezirksauschuss in Frankfurt a. O. hob das Urteil auf und wies die Klage des Amtsvorstehers auf Konzeptionsentziehung ab, weil nach der Verwarnung nachweisbare Verstöße nicht mehr vorgekommen seien; von der Konzeptionsentziehung könne darum Abstand genommen werden. Unterfahret davon bleibe natürlich die kriegsrechtliche Anordnung der Schließung des Branntweinhandels bis zum Kriegsende. Dadurch sei Richter schon genug bestraft. Es wäre nicht am Plage, dem Beklagten durch Urteil die Ausübung der Konzeption nach dieser Zeit unmöglich zu machen.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dies Urteil. Der Bezirksauschuss rechne zwar damit, daß die vorgekommenen Verstöße einen Anlaß hätten geben können, auf eine Förderung der Bäckerei zu schließen. Weil aber nach der Verwarnung durch die Beweiserhebung des Bezirksauschusses sich weitere Verstöße nicht hatten feststellen lassen, so schließe der Vordirektor auf eine gute Wirkung der Verwarnung und komme zu dem weiteren Schlusse, daß sich deshalb für die Zukunft eine Förderung der Bäckerei nicht befürchten lasse. Wenn der Bezirksauschuss so bezugiere, so läge darin kein Rechtsirrtum. (III. C. 14. 17.)

Arbeiter-Zamariterbund Kolonne Groh - Berlin. Montag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gieseler Vereinshaus, Köpenicker Str. 62: Vortrag, nach dem Vortrag praktische Verhandlungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. — Sonntag, den 21. Oktober: Familienausflug nach Friedrichshagen, Ravelsteinen Röhle über Kiefernau nach Werderhagen. Treffpunkt vormittags 10 Uhr Reichshagen Rurhaus, links vom Bahnhof. Nachzügler von 2 Uhr ab Werderhagen.

Verantwortlich für Politik: Erich Reimer, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neustadt; für Inserate: Th. Giese, Berlin, Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Strenge 1. Klasse und Unterhaltungsplatz.

Die Entscheidung

wo Sie Ihre Garderobe besorgen sollen, dürfte Ihnen nicht schwer fallen.

Sie werden dort kaufen, wo man Ihren Wünschen und Ansichten über Damenkleidung das größte Verständnis entgegenbringt.

Und wo man den Zeitverhältnissen Rechnung trägt, ohne sie auszunutzen.

Darauf beruht wohl auch der immer mächtiger anschwellende Zufluß neuer Rundschaft, dessen wir uns augenblicklich erfreuen.

Königstraße 33 Chausseestraße 113
im Hotelhof Wilmersdorf beim Berliner Bahnhof

Contingents geschlossen.

